

epd Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

GEP-Direktor: Jörg Bollmann.

Verlagsleiter: Frank Hinte

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Dr. Thomas Schiller.

epd Dokumentation: Peter Bosse-Brekenfeld (verantw.)

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags.

Bezugspreis:

- **Online-Abonnement** „epd Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 22,30 Euro, jährlich 267,60 Euro, 4 Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar. Der Preis für das Online-Abonnement schließt des Zugang zum digitalen Archiv von epd-Dokumentation (ab Jahrgang 2001) ein.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-225,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: aboservice@gep.de

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-209

Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für „epd Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd Dokumentation“, bzw. Teile daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/ 58098-300, E-Mail: info@epd.de.

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 31. Oktober 2006

www.epd.de

Nr. 45a

Armut und Reichtum

■ »Sozialethik als Öffentliche Theologie – Wie wirksam redet die Evangelische Kirche über wirtschaftliche Gerechtigkeit?«

*Vortrag von Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm
in der Evangelischen Akademie zu Berlin*

■ »Wie viel Ungleichheit ist gerecht? Die Suche nach der Basis für eine Ethik der Teilhabe«

*Vortrag von Dr. Bernd Schlüter, Vorstand für Sozialpolitik im
Diakonischen Werk der EKD, in der Evangelischen Akademie zu Berlin*

■ »Wem viel gegeben worden ist, bei dem wird man auch viel suchen«

*Ein Beitrag des Vorbereitungsausschusses zum Schwerpunktthema
»Gerechtigkeit erhöht ein Volk – Armut und Reichtum«
der EKD-Synode im November in Würzburg*

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Direktor:
Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Frank Hinte
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Dr. Thomas Schiller

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur
Peter Bosse-Brekenfeld
Tel.: (069) 58 098 –135
Fax: (069) 58 098 –294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.

Druck: druckhaus köthen

Aus dem Inhalt:

»Was kostet die Welt? – Arme, Reiche und der Zusammenhalt in Deutschland« Beiträge zu einer Tagung in der Evangelischen Akademie zu Berlin (13./14.10.)

- ▶ Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm:
»Sozialethik als Öffentliche Theologie –
Wie wirksam redet die Evangelische Kirche über wirtschaftliche Gerechtigkeit?« 3

- ▶ Dr. Bernd Schlüter:
»Wie viel Ungleichheit ist gerecht? Die Suche nach der Basis für eine Ethik
der Teilhabe« 13

Ein Beitrag des Vorbereitungsausschusses zur EKD-Synode vom 5. bis 9. November in Würzburg zum Schwerpunktthema »Armut und Reichtum«

- ▶ »Wem viel gegeben worden ist,
bei dem wird man auch viel suchen. (Lk 12,48)« 17
 - Vorab: Armut und Reichtum in der Perspektive des christlichen Glaubens 17
 - I. Warum wir uns äußern – die Situation 17
 - II. Reichtum als Gabe und Aufgabe – die christliche Sicht 21
 - III. Worum es geht – Folgerungen und Forderungen 24
 - Liste der Mitglieder des Vorbereitungsausschusses 27

Sozialethik als Öffentliche Theologie – Wie wirksam redet die Evangelische Kirche über wirtschaftliche Gerechtigkeit?

Von Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Vortrag auf der Tagung »Was kostet die Welt? – Arme, Reiche und der Zusammenhalt in Deutschland«, Evangelische Akademie zu Berlin, 13.-14.10.2006. Der Autor ist Professor für systematische Theologie und theologische Gegenwartfragen an der Universität Bamberg und ist Mitglied der Kammer für Soziale Ordnung der EKD.

0. Einleitung

Wie wirksam redet die evangelische Kirche über wirtschaftliche Gerechtigkeit - so lautet der Untertitel, den sie mir heute gestellt haben.

Eine wirkliche Antwort auf diese Frage kann niemand geben. Denn auch das aufwendigste Forschungsprojekt, das alle nur denkbaren, ersichtlichen Reaktionen auf kirchliche Äußerungen zu wirtschaftlichen Fragen auswerten würde, wäre mit der Frage konfrontiert, was eigentlich als wirksam gelten kann. Ist das Reden der Kirche wirksam, wenn es in möglichst vielen Veröffentlichungen, in Presse, Radio und Fernsehen auftaucht? Oder ist das Reden der Kirche wirksam, wenn das jeweilige Dokument in entsprechend hoher Auflage verkauft worden ist? Ist es wirksam, wenn es in den Gemeinden wahrgenommen worden ist oder ist es nur dann wirklich wirksam, wenn die entsprechende Äußerung in Parlamentsreden zitiert und von Regierungsverantwortlichen gelesen und vielleicht sogar in ihrer Politik berücksichtigt wird? Und ich füge im Hinblick auf die neuesten Veröffentlichungen hinzu: Ist öffentliches Reden der Kirche über wirtschaftliche Gerechtigkeit wirksam, wenn Arbeitsloseninitiativen sich davon verstanden fühlen, oder ist es wirksam, wenn maßgebliche Vertreter der Wirtschaft es als einen Durchbruch im belasteten Verhältnis zwischen Wirtschaft und evangelischer Kirche sehen?

Sie merken schon anhand dieser wenigen aneinander gereihten Fragen, wie sehr die Frage nach der Wirksamkeit des Redens der Kirche von Faktoren abhängig ist, die sich nicht einfach objektiv empirisch messen lassen.

Eine zweite Vorbemerkung muss gemacht werden. Sie bezieht sich auf die Frage ob die Wirksamkeit öffentlichen Redens der Kirche theologisch überhaupt wirklich von Bedeutung ist. Ekklesiologische Konzepte, wie die des amerikanischen Theologen Stanley Hauerwas würden dem vermutlich widersprechen. Für Hauerwas hat die Kirche nicht eine Sozialethik, die sie möglichst überzeugend in den Dialog mit der Welt bringen würde, sondern die Kirche ist eine Sozialethik, hat also allein durch ihre eigene glaubwürdige Bezeugung des Evangeliums von Jesus Christus eine Signalfunktion für die Welt.

Das Programmwort von der öffentlichen Theologie, das ich mir zur Eigen mache, steht für eine andere Position. Dass die Kirche berufen ist, Salz der Erde und Licht der Welt zu sein, bedeutet für diese Position ein leidenschaftliches Engagement in der Welt und für die Welt. Über den Innenraum der Kirche hinaus ist die Kirche nach dieser Position berufen, kraftvolle Akteurin in der Zivilgesellschaft zu sein und sich in die gesellschaftlichen Debatten einzubringen. Wer das als eine Berufung der Kirche sieht, den muss auch interessieren, ob die Kirche in der Welt gehört wird. Insofern stelle ich mich im Folgenden gerne der Frage nach der Wirksamkeit des Redens der evangelischen Kirche über wirtschaftliche Gerechtigkeit.

- Ich will dazu in einem ersten Schritt einen Überblick geben, über die Äußerungen der evangelischen Kirche zur wirtschaftlichen Gerechtigkeit in den letzten Jahrzehnten.
- In einem zweiten Schritt, will ich, insbesondere anhand der neuen Armutsdenkschrift, den Versuch machen, die Wirksamkeit dieser Stellungnahmen zu reflektieren.
- In einem dritten Schritt werde ich das Konzept der öffentlichen Theologie näher zu erläutern, und dann in einem vierten Schritt fünf Leitlinien für das Reden der evangelischen Kirche über wirtschaftliche Gerechtigkeit zu beschreiben.

1. Wann hat die evangelische Kirche geredet?

1.1 Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung (1962)

Nach dem ersten Jahrzehnt des Wiederaufbaus in der jungen Bundesrepublik Deutschland wurde immer deutlicher, dass die erstaunlich schnelle wirtschaftliche Entwicklung von Umständen begleitet war, zu denen die Kirche nicht schweigen konnte. Während sich das Eigentum der Produktionsmittelbesitzer bis zu Beginn der 60er Jahre nahezu verzehnfacht hatte, war zwar das Einkommen der Arbeitnehmer gestiegen, vom Produktiveigentum blieben diese aber nahezu völlig ausgeschlossen. Konrad Adenauer hatte in seiner Regierungserklärung 1957 betont: »Wir wollen nicht, dass schließlich bei immer größerer Konzentration der Wirtschaft zu Großbetrieben das Volk aus einer kleinen Schicht von Herrschern über die Wirtschaft und einer großen Klasse von Abhängigen besteht« (Zitiert in: Brakelmann. Eigentum und Arbeit. 548). Tatsächlich hatte sich aber auch in den Jahren nach dieser Erklärung nichts in die richtige Richtung bewegt. Nach Vorarbeiten in der Evangelischen Akademie Bad Boll kam es deswegen zur ersten Denkschrift der nach dem Zweiten Weltkrieg neu entstandenen Evangelischen Kirche in Deutschland.

Die Denkschrift setzt ein mit einem Abschnitt, in dem grundlegende Perspektiven eines theologisch-ethischen Verständnisses von Eigentum skizziert werden. Vom Charakter der Welt und des Menschen als Schöpfung Gottes wird abgeleitet, »dass er und alle Güter Gott zu eigen sind«. Dass der Mensch die Güter der Erde verwalten darf, impliziert den Auftrag, in »Freiheit und Verantwortlichkeit« vor Gott zu leben. Nach diesen schöpfungstheologischen Aussagen folgt ein christologischer Gedanke: Von dem Angebot der Erklärung in Jesus Christus an alle Menschen wird ihre Berufung gefolgert, mit oder ohne Eigentum »in der Freiheit der Kinder Gottes zu stehen«. Die dann in einer Beschreibung verschiedener positiver Funktionen (4a-d) zum Ausdruck kommende sozialetische Hochschätzung des Eigentums durch die Autoren gipfelt in dem Satz: »Der Mensch soll ´mein´ sagen können, um frei zu sein« Im Hinblick auf die Gemeinwohlverpflichtung fügen sie freilich hinzu: »Der Mensch muss ´dein´ sagen können, um frei zu bleiben«. Die genannten theologisch-ethischen Perspektiven beschreiben das Gottes Willen gemäß Leben also in einer Spannung zwischen der Freiheit zur Aneignung und zum Verzicht.

Die Denkschrift zur Eigentumsfrage erzielte eine »ganz außergewöhnliche Wirkung in der Öffentlichkeit« (Müller. Die Denkschriften, 10). Die Frankfurter Allgemeine Zeitung veröffentlichte sie in vollem Wortlaut. Obwohl sich auch scharfe Kritik aus ganz verschiedenen Richtungen zu Wort meldete (v. a. Abendroth und Muthesius), war das öffentliche Echo ganz überwiegend wohlwollend (Braune, 175; Suppert. 194: Weber. Die Eigentumsdenkschrift. 23). Die FAZ vom 02.05.1962 schrieb: »Vielleicht sind auch die Autoren der Denkschrift...etwas konsterniert über das lebhaft und nur zustimmende Echo, das ihre Denkschrift ausgelöst hat. Von links bis rechts, alle rufen bravo - und sind in der Denkschrift doch recht herbe und kritische Worte über die bisherige Eigentums politik gefallen.« (Zitiert bei Müller, in: Die Denkschriften. 16).

1.2 Sozialethische Erwägungen zur Mitbestimmung in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland (1968)

Die in der Eigentumsdenkschrift vorgelegten Vorschläge erwiesen sich als nicht ausreichend zur Verwirklichung der darin genannten sozialetischen Ziele der Verantwortung und Freiheit. Zum einen blieben die Anregungen ohne nennenswerte Folgen für die tatsächliche Vermögensverteilung, zum anderen kritisierte man - so der damalige Kammervorsitzende Eberhard Müller - unter den Sozialethikern und Mitarbeitern in der kirchlichen Sozialarbeit mit Recht, dass die Kammer in ihrer Denkschrift die brennende Frage der Machtverhältnisse in der Wirtschaft beiseite gelassen und diese damit eher zementiert als aufgelockert habe. Mitte der 60er Jahre hatte die öffentliche Auseinandersetzung um die Mitbestimmung an Heftigkeit zugenommen. Als im Jahre 1968 die Studie zur Mitbestimmung veröffentlicht wurde, wies ihr deswegen der damalige EKD-Ratsvorsitzende Dietzfelbinger in seinem Vorwort ausdrücklich die Aufgabe zu, der »sachlichen Urteilsbildung« zu dienen.

Die Tatsache, dass man sich nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag zur paritätischen Mitbestimmung einigen konnte, veranlasste den Rat der EKD dazu, die Ausarbeitung der Kammer nicht als Denkschrift, sondern als Studie herauszugeben.

Die Denkschrift forderte einerseits, dass die Arbeitnehmervertretungen durch eine Wahl von den

Arbeitnehmern selbst legitimiert sein sollten (Ziffer 19). Andererseits war man sich sehr bewusst, dass auch Gewerkschaftsvertreter eine wichtige Rolle darin haben könnten, dass sie akuten, kurzsichtigen, betriebsegoistischen Wünschen der Belegschaft oft wirksamer entgegen treten als unmittelbar der Belegschaft angehörige Vertreter. Die überparteiliche Sachverständigenkommission, die der Deutsche Bundestag im Juni 1967 zur Auswertung der bisherigen Erfahrung der Mitbestimmung eingesetzt hatte, bestätigte im Jahr 1970 diese Auffassung der Kammer und übernahm auch den kompromissorientierten Lösungsvorschlag der Kammermehrheit. Es kann also durchaus auf eine gewisse politische Wirksamkeit dieser Denkschrift geschlossen werden.

1.3 Die soziale Sicherung im Industriezeitalter (1973)

Eines der wichtigsten sozialetischen Probleme bei Aufbau und Konsolidierung der Bundesrepublik war die Frage, welche Aufgaben der Einzelne in der sozialen Organisation der Gesellschaft übernehmen sollte und welche Funktion der Gesellschaft dabei zukommen sollte. Die traditionelle katholische Auslegung des Subsidiaritätsprinzips hatte die primäre Verantwortlichkeit des Einzelnen betont. Bei der Amsterdamer Weltkirchenkonferenz 1948 war dagegen der Gedanke der »verantwortlichen Gesellschaft in den Mittelpunkt des Sozialdenkens der Ökumene getreten. An diesen Gedanken knüpfte die Denkschrift zur sozialen Sicherung an, indem sie die »wechselseitige Verantwortung in der Gesellschaft« zum sozialetischen Ausgangspunkt machte.

Die Denkschrift hat unmittelbar nach ihrer Veröffentlichung durch einige Rundfunkreportagen das Missverständnis ausgelöst, als ob sie die Berechtigung des Subsidiaritätsprinzips prinzipiell bestreiten wolle. Das führte sogar zu einer Erklärung des Rates der EKD am 28. Mai 1973, in der er ausdrücklich die Ausführungen der Denkschrift bekräftigte. In Ziffer 17 hatte sie klargestellt, was sie als falsche und was sie als richtige Auslegung der sozialetischen Auffassungen betrachtet, die hinter dem Subsidiaritätsprinzip stehen. Spannend für die heutige Debatte um das Subsidiaritätsprinzip ist die Tatsache, dass die Denkschrift schon damals gegenüber einseitigen Auslegungen des Subsidiaritätsprinzips im Sinne einer Abwertung des Staates feststellt (Ziffer 17):

»Die freie Initiative des Bürgers zur Fürsorge für seinen Nächsten und zur Schaffung von Instituti-

onen der Fürsorge und der Wohltätigkeit sollte vom Staat unterstützt, aber nicht durch seine Macht und seine Finanzmittel gelähmt werden. Diese sittlichen Grundsätze haben nach wie vor eine wesentliche Bedeutung. Es entspricht unserem Verständnis vom demokratischen Staat, dass er die politische und soziale Aktivität seiner Bürgerschaft nicht an sich zieht, sondern im Gegenteil ihr so viel Verantwortung zumutet, wie das bei der gegebenen Struktur der Wirtschaft und Gesellschaft möglich ist. Der Staat muss deshalb die Voraussetzungen für ihr Handeln schaffen und erhalten, damit sich solche Aktivitäten entwickeln können.

Das bedeutet eine Umkehr der herkömmlichen Rangfolge bei der Anwendung der Subsidiarität. Zunächst müssen die großen sozialen Risiken gesellschaftlich abgesichert werden. Das Prinzip der Subsidiarität wird falsch ausgelegt, wenn gefordert wird, auch bei großen sozialen Risiken dürfe die im Staat vertretene Gesamtheit erst dann eingreifen, wenn sich herausstellt, dass personale Gemeinschaften nicht mehr ausreichend helfen können.«

Wer sich die Ausführungen zum Subsidiaritätsprinzip in der neuen EKD-Armutsdenkschrift genau ansieht, wird feststellen: Die Evangelische Kirche ist diesem Grundgedanken treu geblieben.

1.4 Soziale Ordnung des Baubodenrechts (1973)

Ein von der Sozialkammer beauftragter Bodenrechtsausschuss hatte im Sommer 1972 zusammen mit dem Grundsatzausschuss der Kammer den Entwurf zu einer Denkschrift ausgearbeitet, die zu dem Problem der nahezu grenzenlos in die Höhe schießenden Gewinne durch die Spekulation mit Bauboden aus der Sicht der Kirche Stellung nehmen sollte. Als bekannt wurde, dass ein von der katholischen Bischofskonferenz eingesetzter Arbeitskreis an einem ähnlichen Vorhaben arbeitete, beschloss man, eine gemeinsame evangelisch-katholische Stellungnahme zu erstellen, die im Frühjahr 1973 als gemeinsames Memorandum veröffentlicht wurde.

Bei der zwei Jahre später erfolgten Novellierung des Bundesbaugesetzes wurde nur der Teil der Anregungen des Memorandums umgesetzt, der die Verbesserung der Rechte der Gemeinden beinhaltete. Ergänzende Gesetze, die die steuerliche Privilegierung der Bodenhortung abgeschafft hätten, sind nicht erfolgt. Obwohl die Denkschrift zunächst vor allem für ihren analytischen und

grundsätzlichen Teil große Zustimmung bei allen Parteien erhielt, ließen die Spannungen zwischen liberalen und sozialdemokratischen Vorstellungen in der damaligen Regierungskoalition wenig Spielraum für grundlegende Änderungen in der einen oder anderen Richtung (vgl. Einleitung EKD-Denkschriften-CD).

1.5. Leistung und Wettbewerb (1978)

Die Denkschrift zu Leistung und Wettbewerb war eine Reaktion auf die Folgen der gesellschaftlichen Veränderungen der späten 60er und frühen 70er Jahre. Während in der Aufbauphase der Bundesrepublik der Konsens über die Bedeutung von Leistung und Wettbewerb immer mehr gestiegen war, so war dieser Konsens nun vor allem von den Jüngeren grundsätzlich in Frage gestellt worden. Während vorher die lebensfördernde Funktion steigenden Wohlstandes im Mittelpunkt der Erfahrungen stand, wurden nun die destruktiven Folgen der überaus hohen gesellschaftlichen Bewertung von Leistung und Wohlstand durch Wettbewerb für viele Menschen immer spürbarer. Um zu diesen Problemen aus kirchlicher Sicht Stellung zu nehmen, veröffentlichte die Sozialkammer 1978 die Denkschrift über Leistung und Wettbewerb.

Sie sieht Leistungsprinzip und Wettbewerb als Kraftfelder, die zugleich lebensweckend und lebenszerstörend wirken können; sie sind ambivalent. Das Anliegen der Denkschrift ist es, diese Ambivalenz an Hand realitätsnaher Alltagserfahrungen auszudifferenzieren und Leistung wie Wettbewerb in ihren gesellschaftsfördernden, aber auch in ihren menschenfeindlichen Übertreibungen deutlich zu machen.

Über die Wirkung dieser Denkschrift Aussagen zu machen, ist wegen ihres grundsätzlichen Charakters schwer. Sie wird auch heute noch zuweilen zitiert, hat aber wohl keine prägende Funktion gehabt.

1.6 Solidargemeinschaft zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen. Eine Studie zur Arbeitslosigkeit (1982)

In der zweiten Hälfte der 70er und zu Beginn der 80er Jahre war die Arbeitslosigkeit beständig gestiegen. Sie erreichte ein so hohes Ausmaß wie nie zuvor seit Anfang der 50er Jahre. Aufgrund der demografischen Entwicklung und neuer technologischer Möglichkeiten zeichnete sich ohne

einschneidende Gegenmaßnahmen keine Besserung ab. Dass diese Entwicklung von hoher sozialethischer Relevanz war (und ist), liegt auf der Hand. Die Sozialkammer erarbeitete deswegen - in veränderter Zusammensetzung und unter neuem Vorsitz - eine Studie zur Arbeitslosigkeit, die im Herbst 1982 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Die Studie brachte das Problem der Arbeitslosigkeit als sozialethisches Problem erstmals in aller Deutlichkeit ins Bewusstsein. Die im Titel enthaltene Formel stieß bei einigen auf Kritik, da die »Solidargemeinschaft zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen« als etwas verstanden wurde, bei dem die Arbeitgeberseite von Solidaritätsleistungen entlastet werden sollte. Das wird aber dem Tenor der Denkschrift nicht gerecht. Sie war auch später noch die Grundlage für deutliche Kritik der evangelischen Kirche an anhaltender und sogar noch wachsender Massenarbeitslosigkeit. Der Kammervorsitzende Theodor Strohm schrieb zwei Jahre nach der Veröffentlichung der Studie: »Inzwischen ... ist deutlich geworden, dass nur durch eine großangelegte kirchliche Initiative die skandalöse Enthaltensamkeit staatlicher Arbeitspolitik ins Bewusstsein der Öffentlichkeit kommt und der Zwang zum Handeln unausweichlich wird.«¹

Die Denkschrift »Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Wachsen und Weichen, Ökologie und Ökonomie, Hunger und Überfluss« (1984) sei nur erwähnt. Wichtiger war die Wirtschaftsdenkschrift der EKD.

1.7 Gemeinwohl und Eigennutz. Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft (1991)

Die Wirtschafts-Denkschrift sollte nach der einige Jahre vorher veröffentlichten Demokratiedenkschrift nun einen ähnlich grundsätzlichen Text zu Wirtschaftsfragen darstellen, auf den man sich fortan beziehen konnte. Auch für die Erarbeitung der Wirtschafts-Denkschrift war die Kammer für Öffentliche Verantwortung federführend. Herman Barth hat ihr Anliegen so zusammengefasst: »Der kritischen Solidarität der evangelischen Kirche mit der politischen Ordnung des Gemeinwesens, wie sie in der Denkschrift Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie zum Ausdruck kommt, entspricht die kritische Solidarität mit der wirtschaftlichen Ordnung des Gemeinwesens. Nicht weniger als die freiheitliche Demokratie ist auch die Soziale Marktwirtschaft Angebot und

Aufgabe.« Leitbild der Evangelischen Kirche war damals und ist seitdem eine ökologisch und sozial verantwortete Marktwirtschaft.

Die Wirtschaftsdenkschrift gilt bis heute als Grundsatztext, auf den man sich immer wieder bezieht. Dass er immer wieder auf die aktuelle Situation bezogen werden muss, ist indessen genauso klar. Am eindrucksvollsten wurde das in dem nur wenige Jahre später gestarteten Konsultationsprozess zum Gemeinsamen Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland konkretisiert, das 1997 unter dem Titel »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit« veröffentlicht wurde.

1.8 Das gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen von 1997

Dieses Wort nimmt ohne Zweifel eine Sonderstellung ein. Auch wenn es in ökumenischer Gemeinsamkeit verfasst wurde, gehört es natürlich auch zum Reden der evangelischen Kirche über wirtschaftliche Gerechtigkeit.

Der Veröffentlichung des Wortes ging ein fast vier-jähriger Konsultationsprozess voraus, der mit Recht als »kleine Revolution« bezeichnet worden ist. Erstmals wurde ein kirchliches Dokument nicht von den in der Regel dafür zuständigen Expertengremien, den Kammern der EKD, erarbeitet, sondern in einem breit angelegten Prozess der Diskussion und Revision, der alle Ebenen von Kirche und Öffentlichkeit umfasste: im kirchlichen Bereich von den Gemeinden über die kirchlichen Werke und Dienste bis hin zu den Leitungsebenen, im außerkirchlichen Bereich von den politischen Parteien, etwa in den Debatten des deutschen Bundestages, über Gewerkschaften und Unternehmerverbände bis hin zu den Institutionen von Bildung und Wissenschaft.

Das Echo übertraf alle Erwartungen. 4000 Veranstaltungen wurden zu dem ersten Entwurf abgehalten, die Eingaben, die gemacht wurden, umfassten 30 000 Textseiten, die von etwa 10 000 Verfasserinnen und Verfassern erstellt wurden. Die erste Auflage des Entwurfs von 400 000 Exemplaren war bald vergriffen, er wurde im übrigen auch ins Englische, Französische, Spanische und Italienische übersetzt.²

Wie erklärt sich dieses erstaunliche Echo? Ich sehe vor allem drei Gründe:

Erstens hat sich gezeigt, dass die Möglichkeit aktiver Beteiligung aller an Entscheidungen die beste Möglichkeit ist, die Menschen zum Mitmachen zu bewegen.

Zweitens hat man sich nicht gescheut, auch kontroverse Themen anzusprechen und dabei Stellung zu beziehen. Die Passage über die Option für die Armen wird bis heute immer wieder zitiert. Reine Konsensdokumente interessieren nur wenige. Nur wenn es eine *Grundlage* für engagiertes Diskutieren gibt, *wird* auch engagiert diskutiert.

Drittens traf das Wort der Kirchen auf eine gesellschaftliche Situation, die schon damals geprägt war von Sorge um die wirtschaftliche Zukunft und von zunehmender Verschärfung der Auseinandersetzungen um die Verteilung des Wohlstands. Das Wort nahm zu Fragen Stellung, die die Menschen in Kirche und Öffentlichkeit zunehmend bedrängten. Die Kirche redet ganz offensichtlich dann besonders wirksam, wenn sie Themen aufgreift, deren Relevanz für viele Menschen unmittelbar einsichtig ist.

Das Gemeinsame Wort ist wahrscheinlich der wirksamste Text zu Fragen wirtschaftlicher Gerechtigkeit gewesen, an dem die evangelische Kirche je beteiligt war. Bis heute ist es so etwas wie der Kern einer sich entwickelnden »ökumenischen Soziallehre von unten« geblieben. Wie sehr dieser Text auch heute noch im Bewusstsein ist, habe ich selbst erfahren, als ich bei einer Diskussion über die politische und soziale Lage in Deutschland zwei Tage nach der Bundestagswahl 2005 in Berlin gegenüber dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulf auf die neue Bedeutung der christlichen Soziallehre hinwies. Seine spontane Antwort war: Vielleicht müssten wir das Sozialwort von 1997 wieder ernst nehmen. Auch wenn es wenig Grund zu der Annahme gibt, dass sich dieser gute Vorsatz bewahrt hat, ist es doch bemerkenswert, dass dieses Wort einem Spitzenpolitiker nach wie vor so präsent ist.

Dass das einmal so sein wird, kann ich für das jüngste Dokument der evangelischen Kirche zu Fragen der wirtschaftlichen Gerechtigkeit nur hoffen, das es bis zum Rang einer Denkschrift geschafft hat: Die Denkschrift des Rates der EKD »Gerechte Teilhabe« vom Juli dieses Jahres.

1.9 Die Denkschrift »Gerechte Teilhabe«

Der Kontext dieser Denkschrift ist so frisch, dass ich dazu nichts sagen muss. Auch der Inhalt dürfte inzwischen bekannt sein: ich fasse ihn zusammen als Versuch, die gegenwärtigen Fronten zwischen der Betonung von Befähigungsgerechtigkeit auf der einen Seite und von Verteilungsgerechtigkeit auf der anderen zu überwinden und durch vielfältige Strategien der Ermäch-

tigung der Armen, wie etwa eine sozial gerechte Bildungsstrategie, langfristig zu echter Teilhabe der Armen zu kommen.

Die Wirksamkeit dieser Denkschrift kann noch nicht beurteilt werden. Es ist aber interessant, sich einmal genauer das Echo auf die Denkschrift anzuschauen.

2. Wie wirksam hat sie geredet? Das Beispiel der der Armut-Denkschrift

Das unmittelbare Echo war bemerkenswert:

- In den großen Nachrichtensendungen in Radio und Fernsehen wurde breit berichtet
- Die Tagesschau um 20 Uhr brachte einen mehrere Minuten langen Filmbeitrag mit Stellungnahmen von Kurt Beck und Ronald Pofalla und, wegen des Bildungsschwerpunkts gut gewählt, der Präsidentin der Kultusministerkonferenz Ute Erdsieck-Rave.
- Es erschienen Artikel in allen Tageszeitungen - Die »Welt« sprach von dem Papier als »dem ersten seiner Art in der Geschichte der EKD« (12.7.06)
- Die Frankfurter Rundschau brachte eine ganze Seite Dokumentation. In dem Einleitungstext heißt es: »Armut im reichen Deutschland brandmarken die Protestanten als Skandal. In einer Denkschrift haben sie die modernsten Instrumente zusammengetragen, die man anwenden muss, um den Missstand zu beheben.« (FR 13.Juli 2006, S.7)

Von ganz unterschiedlicher Seite ist die Denkschrift positiv aufgenommen worden. Zuweilen ist dabei allerdings zu merken, dass man sich das herausucht, was in die eigene Agenda passt und insofern der Denkschrift nicht gerecht wird.

So schreibt die **FAZ**: »Der Rat fordert einen unterschiedenen Umbau des Sozialstaates, damit dieser auch künftig die Teilhabemöglichkeiten der Ärmern und so den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft sichern könne. Dabei sei nicht ‚Umverteilung‘ gefragt, sondern intelligente Kombinationen von ökonomischer Effizienz und sozialer Sicherung.« (FAZ 12.7.06). Dass diese einseitige Inanspruchnahme der Denkschrift im Sinne einer Abwertung der Verteilungsgerechtigkeit gegen ihre Intention verstößt, merkt man schnell,

wenn man die entsprechenden Passagen in ihrem Kontext liest. Durchaus zutreffend gibt der Artikel allerdings die Option für die Armen oder auch die Kritik am dreigliedrigen Schulsystem wieder. Auch die Kritik am dem gesunkenen Netto-Satz des ALG II wird wiedergegeben.

Dominik Enste schreibt in »**Kirche und Wirtschaft**« (22. Jg. Nr. 3/2006, 12.Juli 2006, S.5): »Der vielerorts noch gepredigte Gegensatz von Wirtschaft und Ethik, Gewinn und Solidarität, Reichtum und Armut findet sich in dieser Denkschrift so nicht mehr. Im Gegenteil: »Wird Gerechtigkeit auf [...] Verteilungsgerechtigkeit reduziert, entsteht die Gefahr des Wohlfahrtspaternalismus, der durch bloße Finanztransfers lediglich die Abhängigkeiten verstärkt, aber nicht zu eigenverantwortlichem Handeln ermächtigt.« (Kapitel 3). Beteiligungs- und Befähigungsgerechtigkeit sind hingegen die Schlüssel für die dauerhafte Verringerung von Armut. Dazu passend werden die Gefahr von »Sozialhilfekarrieren«, die geringen Bildungschancen von Kindern aus armen Familien und/oder mit Migrationshintergrund sowie der hohe Anteil Langzeitarbeitsloser an allen Arbeitslosen thematisiert.« Der Kommentar greift wiederum **einseitig** die Kritik an einer Verabsolutierung der Verteilungsgerechtigkeit auf und unterschlägt die dann direkt folgende Kritik der Verabsolutierung der Befähigungsgerechtigkeit und die damit verbundene Betonung der bleibenden Rolle der Verteilungsgerechtigkeit.

Ähnlich einseitig, aber kritisch aus dem gegenüberliegenden politischen Spektrum reagierte **Friedhelm Hengsbach** in seinem Kommentar in der FR vom 22. Juli. Hengsbach lobt zunächst die Denkschrift dafür, dass sie ein zentrales Thema des Sozialwortes von 1997 wieder aufgreife. Das - so Hengsbach »ist wunderbar, löst aber auch eine ziemliche Verwunderung aus.« Er konstruiert einen Gegensatz von dem in der Denkschrift ver-

wendeten Begriff »Teilhabe« zu dem bisher entwickelten Konzept der »Beteiligungsgerechtigkeit« und fühlt sich bei der Teilhabe an platonisch-christliche Metaphysik erinnert, das ihm für demokratische Gesellschaften unpassend erscheint. Die Tatsache, dass die Denkschrift selbst beide Begriffe verwendet, zeigt schon, dass dieser Gegensatz völlig konstruiert ist. Teilhabe und Beteiligung sagen in der Denkschrift das gleiche. Auch wittert Hengsbach hinter der Synthese aus Verteilungs- und Befähigungsgerechtigkeit das Plädoyer für einen Rückzug des Sozialstaats. Die Denkschrift sagt indessen ganz explizit und unmissverständlich, dass für die Befähigung die Rolle des Staates auch mit seiner Verteilungswirkung unverzichtbar ist.

Man muss bei Hengsbachs Kritik vermutlich davon ausgehen, dass er die Denkschrift mit einem Vorverständnis liest, das der EKD eine Abkehr vom Sozialwort und das Einschwenken auf neoliberale Konzepte unterstellt. Dieses Vorverständnis trübt die Rezeption der Denkschrift.

Viele Artikel setzen die Schwerpunkte aber auch ganz unabhängig von der politischen Linie ihres jeweiligen Blattes:

Die »Welt« berichtet durchaus zutreffend über die DS. Der EKD Ratsvorsitzende wird mit seinem Wort von der Armut in unserem Land als »Skandal« genauso zitiert wie der Kammervorsitzende Gert Wagner mit seinem Hinweis, man könne den Transfer-Staat nicht einfach durch einen »investiven Sozialstaat« ersetzen.

Die **SZ** sieht - sehr zutreffend - einen interessanten Unterschied zwischen der neuen Denkschrift und dem katholischen Papier »Das Soziale neu denken« von 2003. Sie diagnostiziert Ähnlichkeiten in der Argumentation, stellt aber dann fest, das katholische Papier habe heftige Kritik auf sich gezogen, weil sie das angeblich überzogene Anspruchsdenken vieler Hilfeempfänger geißelte. »Die 26 Mitglieder der ‚Kammer für öffentliche Verantwortung‘ (sic!) der EKD wählen da andere Töne: Die Mehrheit der Hilfeempfänger bezieht nur für kurze Zeit Staatsgeld, betonen sie - und dass viele geringer qualifizierte Menschen heute keine Chance mehr haben, ihr Leben selbst zu finanzieren« (SZ 12.7.06). Der Artikel spricht zu recht die zentrale Bedeutung des Bildungsthemas in der DS an und endet mit der Feststellung, die evangelische Kirche sei auch hier auf der Höhe des Diskurses: »Die Armutsdiskussion ist zur Bildungsdebatte geworden.«

Die **HAZ** bemerkt, wie viele andere Zeitungen auch, dass die DS ausdrücklich an das Sozialwort von 1997 anknüpft: »Dieses war damals von allen Seiten hoch gelobt, dann aber zur Seite gelegt worden - »tot gelobt« - befand damals der katholische Mainzer Bischof Karl Lehmann.« (HAZ 12.7.06).

Die meisten Zeitungen haben sehr gut verstanden, dass es der DS nicht um eine Abwertung des Staates und eine Verlagerung der sozialen Solidarität in die persönliche Ebene geht. Der Berliner Tagesspiegel zitiert ausdrücklich den Kammervorsitzenden Wagner in seinem Statement bei der Vorstellung: »Wir kommen um den starken Staat nicht herum« (Tagesspiegel 12.7.06).

Mein **Resümee** repräsentativ ausgewählter Stimmen zur Denkschrift ist insgesamt positiv: Das Reden der evangelischen Kirche zur wirtschaftlichen Gerechtigkeit ist gehört worden. Zwar wird die Rezeption auf beiden Seiten dadurch behindert, dass einzelne Gedanken herausgegriffen werden, die der jeweils eigenen Position entgegenkommen. Insbesondere in den Meldungen der großen Tageszeitungen wurde das Grundanliegen der »Gerechten Teilhabe« aber im Ganzen den Intentionen der DS entsprechend transportiert. Was die Wirkung in der Politik betrifft, ist es noch zu früh, Schlüsse zu ziehen.

Dass die erste Reaktion mit soviel Zustimmung verbunden war, ist bestimmt kein Nachteil. Wir sollten die Angst davor, dass öffentliche Stellungnahmen der Kirchen »totgelobt« werden könnten, endlich überwinden. Wenn sowohl der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Bundestag Bodo Ramelow als auch Holger Schäfer vom Institut der Deutschen Wirtschaft die Denkschrift positiv aufnehmen (Zeitzeichen 8/2006), dann kann man sich darüber nur freuen. Jetzt muss die Zustimmung aus ganz unterschiedlichen Lagern Konsequenzen haben. Die Politik hat allen Grund dazu, den Steilpass des »stellvertretenden Konsenses«, den die EKD-Denkschrift ihr zugespielt hat, zu nutzen und in die sozialpolitische Offensive zu gehen.

Jetzt kommt es deswegen darauf an, die Denkschrift auch in aktuelle Debatten einzubringen. Die Diskussion um die Senkung der Leistungen für ALG II-Empfänger etwa widerspricht deutlich dem, was im 2. Kapitel der DS über die Bedarfslagen der Armen gesagt wird. Hier würde es den Intentionen der DS entsprechen, wenn die EKD diese Diskussion explizit öffentlich kritisieren würde. Zur Wirksamkeit kirchlichen Redens zu

Fragen wirtschaftlicher Gerechtigkeit gehört auch, in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen an ausgewählten Stellen die Positionen der grundsätzlichen Stellungnahmen durch öffentliche Einsprüche zu konkretisieren.

Solche Zuspitzungen sind die tagespolitische Seite dessen, was ich »Sozialethik als öffentliche

Theologie« nenne. Ich will den Begriff der »Öffentlichen Theologie« aber nun noch einmal genauer mit Inhalt füllen und dann anhand von fünf Leitlinien seine Leistungsfähigkeit für ein wirksames und verantwortliches Reden der evangelischen Kirche zu Fragen wirtschaftlicher Gerechtigkeit deutlich zu machen versuchen.

4. Sozialethik als öffentliche Theologie

Der Begriff der »öffentlichen Theologie« ist in den USA von Ronald Thiemann, Max Stackhouse, Don Browning and David Tracy, in Großbritannien von Duncan Forrester and Will Storrar, in Südafrika von John de Gruchy und Dirkie Smit und in Deutschland v.a. von Wolfgang Huber und Jürgen Moltmann in die Diskussion eingeführt worden, hierzulande nicht zuletzt durch die seit 1993 bestehende und von Wolfgang Huber herausgegebene Buchreihe »Öffentliche Theologie«.³

Um die schwierige Aufgabe öffentlicher Theologie zu charakterisieren hat der britische Theologe Duncan Forrester das antike Bild von Scylla und Charybdis gebraucht.⁴ Scylla repräsentiert die Strömungen in der Theologie, die die Moderne und alle ihre Einsichten abwerten, indem sie die Sozialwissenschaften und das moderne Denken überhaupt, als häretisch brandmarken. Wir müssen zurück zur Bibel - sagen diese Strömungen -, zurück also zu Quellen, die die Erosionskräfte der Moderne abzuwehren vermögen.

Auf der anderen Seite steht die Charybdis. Sie stützt sich vor allem auf Ethik und vermag sich bestens an die säkulare Welt anzupassen. Die Charybdis - so Forrester - riskiert irrelevant zu sein, da sie einfach den Zeitgeist wiedergibt. Die öffentliche Theologie - so Forrester weiter - segelt ihres Weges zwischen Scylla und Charybdis, indem sie einen vielleicht bescheidenen, aber jedenfalls der Wahrheit verpflichteten konstruktiven und kritischen Beitrag zur öffentlichen Debatte leistet.

Öffentliche Theologie - so die Definition von Wolfgang Vögele - ist »die Reflexion des Wirkens und der Wirkungen des Christentums in der Öffentlichkeit in die Gesellschaft hinein«. Sie ist »die Kritik und die konstruktive Mitwirkung an allen Bemühungen der Kirchen, der Christen und Christinnen, dem eigenen Öffentlichkeitsauftrag gerecht zu werden, als auch die orientierend-

dialogische Partizipation an öffentlichen Debatten, die unter Bürgern und Bürgerinnen über Identität, Ziele, Aufgaben und Krisen dieser Gesellschaft geführt werden«⁵ Öffentliche Theologie schließt sich also nicht von der Welt ab, in eine selbstgenügsame Gegengemeinschaft, mit ihrer eigenen Sprache, sondern versteht die Sprache der Welt zu sprechen und mit der Welt im Dialog zu sein, und gleichzeitig in Christus gegründet zu sein und zur kritischen Herausforderung für die Welt zu werden.

Eine solche öffentliche Theologie steht nicht nur nicht im Widerspruch zu den Fundamenten einer modernen demokratischen Gesellschaft, sondern wird sogar zu einer ihrer Lebensquellen. Öffentliche Theologie ist eine Antwort auf das sogenannte »Böckenförde Theorem« nach dem der liberale Staat von Quellen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Indem die evangelische Kirche sich öffentlich zu Fragen wirtschaftlicher Gerechtigkeit äußert, trägt sie dazu bei, jenen Grundkonsens in der Gesellschaft zu stärken, der für den sozialen Zusammenhalt von zentraler Bedeutung ist. Die mir als Thema gestellte Frage, wie wirksam die evangelische Kirche über wirtschaftliche Gerechtigkeit redet, ist also tatsächlich eine zentrale Frage.

Da die *Wirksamkeit* des Redens der Kirche aus theologischer Perspektive aber immer nur der *Wahrheit* des Redens *nachgeordnet* kann, muss die wirklich zentrale Frage anders gestellt werden. *Wie verantwortlich redet die evangelische Kirche über wirtschaftliche Gerechtigkeit?* Zur Verantwortlichkeit gehört sowohl die Wirksamkeit, insofern das Ziel des Redens der Kirche immer auch sein muss, gehört zu werden. Zur Verantwortlichkeit des Redens der Kirche gehört aber ebenso, dass ihr Reden vor Gott und den Menschen verantwortet werden kann. Ich will abschließend fünf Leitlinien solchen verantwortlichen Redens der Kirche über wirtschaftliche Gerechtigkeit beschreiben.

5. Fünf Leitlinien für ein verantwortliches Reden der Kirche über wirtschaftliche Gerechtigkeit

5.1 Das Reden der Kirche muss gegründet sein in ihrer Tradition - die Bedeutung von biblischer und theologisch-ethischer Rechenschaft

Wenn öffentliche Theologie einen Unterschied machen will, muss sie öffentliches Zeugnis für die Quellen ablegen, aus denen ihr Reden sich speist. Die religiöse Basis des Redens zu verheimlichen oder das ethische Profil auf Kosten des geistlichen Profils zu betonen, etwas was Wolfgang Huber bekanntlich als Selbstsäkularisierung der Kirche bezeichnet hat, ist daher keine angemessene Basis für öffentliche Theologie. Wenn Gemeinschaften ihre eigenen Traditionen aus den Augen verlieren, mindern sie auch ihre Relevanz in der öffentlichen Diskussion und ihre Fähigkeit, sie durch kraftvolle Beiträge zu beeinflussen. Gemeinschaften, die sich ihrer eigenen Identität nicht sicher sind, sind auch keine interessanten Gesprächspartner.⁶

Öffentliches Reden der Kirche über wirtschaftliche Gerechtigkeit muss deswegen explizit auf biblische und theologische Traditionen des christlichen Glaubens gegründet sein. Die Kirche schuldet der Öffentlichkeit Rechenschaft über ihre Grundlagen.

5.2. Das Reden der Kirche muss zweisprachig sein - Die Bedeutung von biblischer Begründung und Vernunftbegründung

Damit die Theologie eine öffentliche Stimme sein kann, muss sie zweisprachig sein. Sie hat über ihre eigenen biblischen und theologischen Quellen Aufschluss zu geben, aber sie muss auch eine Sprache sprechen, die von der Öffentlichkeit als Ganzes verstanden werden kann. Mit Hilfe von Überlegungen der praktischen Vernunft und einer Reflexion von Erfahrung, muss sie zeigen, dass biblische Perspektiven für alle Menschen guten Willens plausibel sind und hilfreiche Orientierung jenseits religiöser Traditionen zu geben vermögen. Wer die neueren Dokumente der evangelischen Kirche zur wirtschaftlichen Gerechtigkeit liest, wird genau diese Zweisprachigkeit in ihnen finden. Sowohl die biblische Begründung als auch die Vernunftbegründung spielen in diesen Dokumenten eine zentrale Rolle. Ihr Verständnis von wirtschaftlicher Gerechtigkeit wird zum einen in der biblischen Option für die Armen gegründet,

zum anderen aber mit Überlegungen praktischer Vernunft, wie sie etwa in der Gerechtigkeitstheorie des amerikanischen Philosophen John Rawls entwickelt werden, allgemein plausibel gemacht.⁷

5.3. Das Reden der Kirche muss sachgemäß sein - die Bedeutung der Interdisziplinarität

Da öffentliche Theologie beansprucht, sachgemäß von den gegenwärtigen Realitäten und in die gegenwärtigen Realitäten hinein zu sprechen, muss sie sich in den lebendigen Dialog mit den anderen wissenschaftlichen Disziplinen begeben. Wenn öffentliche Theologen gesellschaftliche Trends verstehen wollen, müssen sie sich mit empirischer Soziologie beschäftigen. Wenn sie sich an der öffentlichen Debatte um wirtschaftliche Fragen beteiligen wollen, müssen sie ein grundlegendes Verständnis ökonomischer Prozesse gewinnen. Gerade beim öffentlichen Reden der Kirche in Fragen wirtschaftlicher Gerechtigkeit wird das allgemeine Priestertum der Gläubigen zur besonderen Ressource. Die Tatsache, dass die Kirche nicht zuallererst die Theologen sind, sondern Christinnen und Christen in allen Berufen, impliziert, dass ökonomischer Sachverstand nicht von außen geholt werden muss, sondern als integrales Element der Kirche verstanden werden kann. Die Zusammensetzung der Kammern der evangelischen Kirche gibt ein beredtes Zeugnis von diesem Kirchenverständnis.

5.4. Das Reden der Kirche muss kritisch-konstruktiv sein - die Bedeutung der Politikberatung

Das öffentliche Reden der Kirche über wirtschaftliche Gerechtigkeit muss kritisch und konstruktiv sein. Die vorrangige Option für die Armen, an der sich dieses Reden der Kirche orientiert, kann nicht mit einem bestimmten wirtschaftspolitischen Programm identifiziert werden. Vielmehr dient sie als kritischer Maßstab für alle wirtschaftspolitischen Programme. Wer die Option für die Armen nur im Munde führt, um für seine jeweilige politische Agenda den Segen der Kirche für sich in Anspruch zu nehmen, verfehlt die Idee der öffentlichen Theologie.

Der Begriff der gerechten Teilhabe, der in der jüngst erschienenen Armutsdenkschrift zum Leitbegriff des Redens der evangelischen Kirche über

wirtschaftliche Gerechtigkeit geworden ist, verlangt politische Reformen, die nicht einfach deckungsgleich mit irgendeinem Parteiprogramm sind. Wer als Reaktion auf diese Denkschrift lediglich noch einmal seine eigene Parteiagenda wiederholt, offenbart, dass er das Grundanliegen dieser Denkschrift nicht verstanden hat. Die einzig angemessene Antwort auf die kritische Dimension des öffentlichen Redens der Kirche, wie sie sich in der Denkschrift »Gerechte Teilhabe« jüngst wieder gezeigt hat, ist Nachdenklichkeit. Solche Nachdenklichkeit muss im Sinne der Denkschrift indessen parteiliche Nachdenklichkeit sein. Sie muss sich an der Verbesserung der Teilhabechancen der schwächsten Glieder der Gesellschaft orientieren.

5.5. Das Reden der Kirche steht in einem globalen Kontext - die Bedeutung der Ökumene

Eine der charakteristischen Kennzeichen öffentlicher Theologie ist ihr universaler Horizont. Die eine heilige katholische und apostolische Kirche ist eben nicht einfach eines jener vielen Kirchentümer, in denen wir alle auch leben. Wenn wir von den Brüdern und Schwestern in Christus sprechen, dann meinen wir hoffentlich natürlich

unsere nahen Nachbarn, mit denen wir Gottesdienst feiern, mit denen wir trauern und mit denen wir uns freuen. Aber wir meinen eben auch die faszinierende Geschwisterschaft, die den Campesino in Guatemala mit der Grundschullehrerin in Südkorea und den politischen Aktivisten in Tonga mit dem Autoarbeiter in den USA sowie die Buchhalterin in Ruanda mit dem Lehrer in Deutschland verbindet. Es ist keine abstrakte theologische Phrase, sondern eine tägliche Wahrheit, wenn ökumenische Texte die Einheit der Kirche als ein Zeichen der Einheit der Menschheit sehen. Man muss sich nur die zentrale Bedeutung des Liebesgebotes für die christliche Ethik immer wieder klar machen, das sich gerade nicht an den Volksgenossen orientiert, sondern die Barrieren internationaler und kultureller Grenzen überwindet. Das öffentliche Leben über wirtschaftliche Gerechtigkeit im Kontext der deutschen Kirchen kann deswegen nie von seinem universalen Horizont abstrahieren. Für das Reden der evangelischen Kirchen über Gerechtigkeit ist deswegen die Frage immer von zentraler Bedeutung, welche Auswirkungen die jeweils in den Blick genommenen wirtschaftspolitischen Konzepte auf die Möglichkeit haben, die globale Wirtschaft verantwortl. zu gestalten und d. h. wirtschaftliche Ungerechtigkeit bekämpfen.

Schluss

Wie wirksam redet die Evangelische Kirche nun also über wirtschaftliche Gerechtigkeit? Letztlich kann die Antwort nur eine geistliche sein. Dass die Kirche ihrem Öffentlichkeitsauftrag nachkommt, ist ein Werk des Heiligen Geistes, der die Menschen bewegt. Und der Heilige Geist ist zuallererst nicht von Taktik, sondern von Wahrheit geprägt. Der Heilige Geist lässt sich gerne dabei helfen. Deswegen habe ich Ihnen die fünf Leitlinien vorgestellt. Aber sie sind zum Scheitern verurteilt, wenn der Geist der Wahrheit nicht da ist.

Die angemessenste Antwort auf die Frage nach dem wirksamen Reden der Kirche über wirtschaftliche Gerechtigkeit ist am Ende vielleicht wirklich einfach nur die Bitte, die Philipp Spitta 1833 mit seinem berühmten Kirchenlied so zum Ausdruck gebracht hat:

»O komm du Geist der Wahrheit und kehre bei uns ein. Verbreite Licht und Klarheit, verbanne Trug und Schein. Gieß aus dein heilig Feuer, rühr Herz und Lippen an, dass jeglicher Getreuer den Herrn bekennen kann.«

Anmerkungen:

¹ Th. Strohm, *Die Gemeinwohlverpflichtung der Kirche bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit* in: ZEE 28 (1984), 257-270 (267) Vgl. zu Strohm's Sicht der Kammerarbeit auch Th. Strohm, *Sozialethik und soziale Ordnung. Die Kammer der EKD für soziale Ordnung*, in: ZEE 31 (1987), 434-447.

² *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Eingeleitet und kommentiert von Marianne Heimbach-Steins und Andreas Lienkamp*, München 1997, S. 20.

³ Zur »öffentlichen Theologie« vgl. Vögele, Wolfgang, *Zivilreligion in der Bundesrepublik Deutschland*, Gütersloh 1994, 418-425

⁴ Duncan Forrester, *Working in the Quarry: A Response to the Colloquium*, in: W. F. Storrar/A. R. Morton (eds), *Public Theology for the 21st Century. Essays in Honour of Duncan Forrester*, London/New York 2004, 431-438 (431).

⁵ W. Vögele, *Menschenwürde zwischen Recht und Theologie. Begründungen von Menschenrechten in der Perspektive öffentlicher Theologie*, Gütersloh 2000, 23f.

⁶ R. Thieman, *Constructing a Public Theology. The Church in a Pluralistic Culture*, Louisville 1991, 40.

⁷ Vgl. dazu H. Bedford-Strohm, *Vorrang für die Armen. Auf dem Weg zu einer theologischen Theorie der Gerechtigkeit*, Gütersloh 1993.

Literatur:

Brakelmann, Günter, *Eigentum und Arbeit. Sozialtheologische Gedanken zu einer gerechten Gesellschaftsordnung*, in: *Die Mitarbeit* 12 (1963), 545 – 551

Müller, Eberhard, *Entstehung und Zielsetzung der kirchlichen Denkschriften zu Fragen der sozialen Ordnung*, in: *Soziale Ordnung. Die Denkschriften der Evangelischen Kirchen in Deutschland Bd. 2/1* (Hg. Kirchenkanzlei der EKD), 2. Auflage, Gütersloh 1986, 8-14

Abendroth, Wolfgang, *Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. Bemerkungen zur Denkschrift der Kammer für Soziale Ordnung*

des Rates der EKID über die Eigentumsbildung, in: *JK* 23 (1962), 376-384

Muthesius, Volkmar, *Die Priester des Zwangssparens*, in: *Zeitschrift für das Gesamte Kreditwesen* 13 (1962), 491-493

Braune, Hans-Peter, *Die Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland*, in: *ZEvKr* 21 (1976), 131-182

Suppert, Otto, *Mitbestimmung durch Eigentum. Die Eigentumsdenkschrift im Gespräch*, in: *ZEE* 7 (1963), 193-212

Weber, Hartmut, *Die Eigentumsdenkschrift der Kammer für Soziale Ordnung der EKD. Darstellung und Kritik*, in: *ZEE* 7 (1963), 23-36



Wie viel Ungleichheit ist gerecht? Die Suche nach der Basis für eine Ethik der Teilhabe

Von Dr. Bernd Schlüter, Vorstand für Sozialpolitik im Diakonischen Werk der EKD

Vortrag auf der Tagung »Was kostet die Welt? – Arme, Reiche und der Zusammenhalt in Deutschland«, Evangelische Akademie zu Berlin, 13.-14.10.2006

Wenn die Frage nach einer Basis, nach einer Grundlage für eine Ethik gestellt wird, so ist es aus der Sicht der Diakonie nahe liegend, sich zunächst an das Wort Gottes und die biblische Überlieferung zu wenden, dann auch Kategorien der Philosophie und der Rechtswissenschaft hinzuzunehmen und mit diesem Lichte die Realität zu betrachten und dabei die täglichen realen Nöte der Menschen in den Blick zu nehmen.

In aller notwendigen Verkürzung, die Sie einem Nichttheologen nachsehen wollen, wird man sagen können, dass das Alte Testament wert legt auf einen gesellschaftlichen Ausgleich, auf eine institutionalisierte Struktur zur Verteilung der Ressourcen. Bestimmte Steuern und Abgaben sollen für die Armen zur Verfügung stehen und sie teilhaben lassen am Wohlstand der Gemeinschaft.

Einen eher individuellen Blick pflegt dagegen das Neue Testament. Die Liebe zum Nächsten beinhaltet die materielle und personale Zuwendung zum anderen und insbesondere zum armen und kranken Menschen. Nur an wenigen Stellen wird Reichtum per se als Hindernis des Heils charakterisiert. Reichtum ist vielmehr zum Teilen da, schafft Arbeit und Brot. Reichtum ist auch bei Martin Luther dazu bestimmt, mitzuhelfen den

gemeinen Kasten und die öffentliche Wohlfahrt zu unterstützen. Entscheidend scheint jedoch die Frage zu sein, woran der Mensch sein Herz hängt, welchen Gott er hat, den Mammon oder Gott den Schöpfer und Vater. Insofern sind Reichtum und Armut Folgen einer vielfältigen Schöpfung, die die Menschen mit Freiheit, mit Gaben und mit Lebenschancen ausstattet. Ungleichheit ist in der Schöpfung angelegt, aber sie wird dort zum Problem, wo sie nicht institutionell und individuell zu einem gewissen Ausgleich gebracht wird und außer Verhältnis gerät. Dort überschreitet sie nämlich die Grenze der unverbrüchlichen Gleichheit, die ebenfalls in der Schöpfung angelegt ist.

Diese Gleichheit liegt in der gottgegebenen Würde und Geschöpflichkeit jedes Menschen. Und sie liegt in der gleichen Liebe Gottes gegenüber jedem Menschen, aus denen der gleichmäßige Auftrag zur Weitergabe von Liebe und Zuwendung folgt. Zurecht hat die Armutsdenkschrift der EKD auf die besondere Option der Kirche für die Armen hingewiesen. Ebenso ist es richtig, wenn die EKD-Synode Reichtum als Freiheit diskutieren wird, als Freiheit finanzielle Mittel zum Wohle anderer und zur Ehre Gottes einzusetzen. Nimmt man philosophische Kriterien für Gleichheit und Ungleichheit hinzu, so wird man in der Aufklärung den Gedanken finden, dass die Menschen mit gleichen Rechten und Freiheiten und politischen Mitspracheansprüchen geboren sind.

Geht man weiter in das 19. Jahrhundert, so ertönt der Ruf nach gänzlicher, auch materieller Gleich-

heit, Miteigentum an den Produktionsmitteln und Abschaffung des Privateigentums. Das Verfassungsrecht eröffnet mit der Berufsfreiheit und dem Eigentumsschutz die Möglichkeit Reichtum zu erwerben, fordert die Gleichbehandlung aller vor dem Gesetz, gibt aber mit dem Prinzip der Menschenwürde und der Sozialstaatlichkeit auch obligate Mittel des Ausgleichs in die Hand, welche eine gerechte Verwirklichung der Freiheitsrechte erst möglich machen.

Sozialstaatlichkeit ist dabei nicht das Sahnehäubchen des Grundgesetzes sondern Verfassungsprinzip mit verbindlichen rechtlichen Konsequenzen und handfesten historischen Hintergründen mit Blick auf das Schicksal der Weimarer Republik und die Anerkennung des bereits aus dem 19. Jahrhundert tradierten Sozialversicherungssystem. Nachdem wir die Auswüchse sowohl des Egalitarismus wie auch eines raubtierhaften Liberalismus erlebt haben und eine gewisse materielle Nivellierung aufgrund der Weltkriege hinter uns gebracht haben, stellt sich heute national und international wieder die Frage nach den Grenzen der wachsenden Ungleichheit.

Während die Liste der reichsten Nordamerikaner nur noch von Milliardenären und nicht mehr von Millionären besetzt ist und auch bei uns die Scheere zwischen arm und reich weiter auseinander geht, das private Vermögen allein im letzten Jahr um 180 Milliarden auf 4260 Milliarden gestiegen ist, lebten Ende 2005 in Deutschland mehr als sieben Millionen Menschen, darunter 2 Millionen Kinder und Jugendliche auf dem Sozialhilfeniveau. Nun kann man sagen, die Sozialhilfe diene ja gerade der Verhinderung von existenzgefährdender Armut und man könne insofern dankbar sein, dass es in Deutschland überhaupt ein solches Schutzsystem gibt. Allerdings muss uns allein die hohe Zahl der sozialhilfeabhängigen Kinder beunruhigen.

Ein immer größerer Teil der Zukunft unseres Landes wächst unter Bedingungen auf, die jetzt schon vorhersehen lassen, dass ein gesellschaftlicher Aufstieg und eine produktive Beteiligung an der Mehrung des Wohlstands nicht stattfinden wird. Während wir von Chancengerechtigkeit reden, nimmt die Chancengleichheit immer mehr ab. Es wird immer schwieriger aus nichtprivilegierten Elternhäusern beruflich und sozial aufzusteigen. Die Vererbung privilegierter Karrierechancen greift dabei insbesondere bei wirtschaftlichen Führungseliten, welche über Parteien und Lobbyverbände bis hin zu großzügig ausgestalteten Stiftungen den öffentlichen Diskurs und die

Rede von der Selbstverantwortung und der angeblichen Explosion der Sozialausgaben nicht unwesentlich beeinflussen, nachdem sie mitunter bei steigenden Gewinnausschüttungen an Kapitaleigner an überzogenen Rationalisierungen und dem strukturellen Abbau von Arbeitsplätzen nicht unwesentlich beteiligt waren.

Gleichzeitig werden gerade in den Führungsetagen großer Unternehmen Gehälter in bekannten Größenordnungen bezahlt, während die Pflegekassen mit den Altenpflegediensten um jeden Cent für zusätzliches Personal feilschen, das für eine humane Zuwendung dringend notwendig ist. Sichtbares Zeichen einer überdehnten Ungleichheit ist mithin nicht nur das Verhältnis zwischen Reichen und Armen, sondern auch das Verhältnis zwischen privaten und öffentlichen Ressourcen.

Die Armut der öffentlichen Hand geht nach der Schließung wichtiger kommunaler Einrichtungen und der Verabschiedung der Bahn von sozialen Tarifen nun soweit, den behinderten Menschen die Verwaltung und Abrechnung ihrer Sozialhilfe selbst zu überlassen, um Verwaltungskosten zu sparen. Ich beziehe mich hier ausdrücklich nicht auf das Modell des persönlichen Budgets, sondern auf die jüngsten von den Bundesländern eingebrachten Gesetzesänderungen im Bereich des SGB XII. Obwohl wir nun schon seit Jahren über eine qualitativ und quantitativ hinreichende Ausstattung der Kinderbetreuung reden, bewegt sich der vielstimmige Tross der Bundesländer und Kommunen langsam und uneinheitlich auf dieses Ziel zu, denn auch hier hat offenbar ein armer Staat hohe Ziele verkündet.

Ebenso geht der Aufbau von Betreuungsagenturen, welche mit Hilfe von Ehrenamtlichen und gesellschaftlicher Vernetzung für wenig Geld viel Betreuung von Alten, Migranten und Familien erzeugen könnten, im Schnecken tempo und in bewährter deutscher Kleinstaaterei voran. Der Reichtum einer Gesellschaft bemisst sich mithin auch in der Zugänglichkeit der sozialen und kulturellen Infrastruktur für arme Menschen. Dies hat das Europarecht längst erkannt, während die deutsche Politik sich in der Praxis davon entfernt.

Obwohl also die materielle Armut gelindert werden konnte, setzt sich die Spirale der Perspektivlosigkeit in beschleunigter Form fort. Demnach spricht vieles dafür, den Begriff der Verteilungsgerechtigkeit um den der Chancen- und Teilhabegerechtigkeit zu ergänzen, wie es auch die Tendenz der jüngsten EKD Denkschrift ist. Die Frage ist nicht mehr nur, wer bekommt von wem wie

viel Geld überwiesen und wer zahlt dafür wie viel Steuern und Abgaben, sondern es stellt sich die alarmierende Frage nach einer funktionsfähigen integrativen Gesellschaft.

Nach dem Wegbrechen der Großfamilien, der Bindungskräfte von Nachbarschaften, kleinteiligen Wirtschaftsstrukturen, nach dem Auseinanderfallen von Wohnen, Produktion, Konsum stellen sich neue grundsätzliche Fragen. Dabei kann mehr als bloße Geldtransfers die soziale Infrastruktur diakonischer Beratungsdienste wie Schuldner- Familien- und allgemeiner Lebensberatung, Obdachlosendienste, qualifizierte Kinderbetreuung und eine funktionsfähige Bildungslandschaft ein wichtiger Faktor sein, Verwahrlosung und Perspektivlosigkeit zu verhindern, sie ersetzt aber nicht die politische Gestaltung einer sozial und kulturell lebenswerten Gesellschaft.

Das ganze System des Forderns und Förderns, das einerseits Menschen versucht aus ihrer Sackgasse zu holen andererseits aber selbst keine tragfähigen Perspektiven produziert, bedarf einer teilhabeorientierten Ergänzung. Wir brauchen öffentlich geförderte wertige Arbeitsplätze, die das Geld nicht für die Verwaltung von Arbeitslosen, sondern in den unzähligen Feldern zusätzlicher gemeinwohlorientierter Beschäftigung einsetzen und gleichzeitig den ersten Arbeitsmarkt durch verstärkte Steuerfinanzierung sozialer Aufgaben flexibler macht.

Auch aus christlicher Sicht sind die Menschen aufgerufen, Gottes Kraft und Gaben weiterzugeben, Leistung zu erbringen für sich und für die Gemeinschaft. Dies gibt vielen das notwendige Selbstwertgefühl und motiviert andere, sich ebenfalls mit Arbeit, Steuern und Abgaben für die Gemeinschaft einzubringen, kann aber nicht in eine reine Leistungstheologie ausarten. Diakonie ist aber auch für diejenigen da, die nichts leisten können oder mangels guter Lebenswege noch nicht oder nicht mehr wollen. Gott ist auch in unseren ohnmächtigen Phasen für uns da, wenn wir einmal nicht sorgen für den nächsten Tag. Diakonie hilft, dass beides zusammenwachsen kann, die innere Freiheit, die Entlastung von Verzweiflung und Sorge aber auch die Verantwortung für sich und den nächsten.

Wichtig erscheint mir auch ein Focus der Armutsdenkenschrift des Papiers Kirche der Freiheit. Kirchengemeinden und Kirche, aber auch manche diakonischen Dienste haben es sich mitunter zur Gewohnheit gemacht, über Arme zu sprechen, statt mit ihnen zu sprechen und sie in das Ge-

meindeleben einzubeziehen. Auch evangelische Krankenhäuser haben neben ihrem medizinischen und pflegerischen Auftrag die Sensibilität für arme und benachteiligte Menschen zu wahren, auch wenn ihnen aus öffentlichen Mitteln hierfür keine Ressourcen zur Verfügung stehen. Die ebenfalls angemahnte engere Zusammenarbeit zwischen Kirchengemeinden und diakonischen Diensten ist wichtig, um den Blick für Ungleichheiten und Armutsprobleme zu fördern und der Diakonie den spirituellen, der Kirche den sozialpolitischen Reichtum unserer gemeinsamen Arbeit zu erschließen.

Die synodale Arbeitsgruppe, die zum Thema Reichtum und Armut die nächste EKD-Synode vorbereitet hat, hat auch intensiv darüber gesprochen, dass der Reichtums- und der Armutsbegriff weiter zu fassen sind, als nur auf das Materielle bezogen. Wir erleben quer durch die Gesellschaftsschichten auch wachsende Ungleichheiten in Punkto Bildungsarmut, geistlicher und kultureller Armut. Wir brauchen also einen neuen Diskurs darüber, was eine reiche Gesellschaft insgesamt ausmacht. Dabei können wir aber auch nicht aus dem Blick nehmen, dass unser Gesellschaftseinkommen kontinuierlich steigt und dass eine moderne rationalisierte Wirtschaftsform auch die Frage der Verteilungsgerechtigkeit im materiellen Sinne weiter auf der Tagesordnung lässt.

Deutschland ist ein reiches Land und es war in der Geschichte materiell nie reicher als heute. Gleichzeitig steht es in einem globalen Wettbewerb um Köpfe und Kapital und muss hier einen vernünftigen Weg der Gerechtigkeit finden. Ausdrücklich hat sich die synodale Arbeitsgruppe darauf verständigt, Reichtum nicht zu verteufeln, sondern ihn als Chance zu begreifen, die ja auch längst in Form von Stiftungen, Spenden und anderen Engagement genutzt wird. Gleichzeitig darf vor diesem Hintergrund der Verteilungsgedanke nicht auf das Almosenmotiv reduziert werden sondern im Sinne des Alten Testaments einer gesicherte Rechtsstellung behalten. Niemand ist nur aus eigenem Verdienst reich und leistungsfähig und mancher Reichtum hat mit eigener Leistung wenig zu tun.

Ungleichheit ist dann sozialetisch nicht mehr zu vertreten, wenn damit einem Teil der Gesellschaft die Chancen zur Lebensentfaltung, zum gesellschaftlichen Aufstieg verwehrt werden oder wenn die materielle oder infrastrukturelle Unterstützung das Existenzminimum nicht mehr deckt. Ungleichheit ist sozialetisch dann nicht mehr zu

vertreten, wenn Vermögen oder Einkommen oder Vorstandstantiemen ein Vielfaches dessen übersteigen, was ein begabter Mensch gewöhnlich in seinem Leben erwirtschaften kann. Ungleichheit ist dann nicht mehr zu vertreten, wenn die Politik sich nicht in regelmäßigen Abständen der Armutssituation und der Ungleichheit annimmt, sie analysiert und ihre Regelungen daraufhin überprüft.

Ungleichheit ist dann nicht mehr zu vertreten, wenn nicht Mechanismen bestehen, die zu einem Ausgleich drängen, wenn Steuerpflichten systematisch unterlaufen werden oder Sozialhilfekarrieren in der Dritten Generation zwar Obdach und Essen haben, ihnen aber jegliche Möglichkeit und Motivation zur gesellschaftlichen Teilhabe und zum beruflichen und sozialem Aufstieg fehlt. Ungleichheit ist dort unerträglich, wo Menschen weniger zum Leben haben, wenn sie arbeiten, als wenn sie nicht arbeiten. Ungleichheit ist dort unerträglich, wo Menschen den ganzen Tag im Frisörladen stehen und im Jahr weniger verdienen, als Kapitalteilhaber oder Wirtschaftsmanager in einer Stunde.

Ungleichheit ist dort unerträglich, wo den einen nach ihren Abzügen kaum etwas übrig bleibt und

die anderen seit Jahren keine Steuern mehr bezahlen. Ungleichheit ist da unerträglich, wo Unternehmensgewinne nicht mehr in Arbeitsplätze investiert werden und Arbeitnehmer von Gewinnen ihres Unternehmens keine Früchte mehr ziehen können. Ungleichheit ist international dann nicht mehr zu vertreten, wenn Sklavenarbeit, Umweltzerstörung und die Nichtexistenz sozialer Sicherungen als Kennzeichen guter Standorte verkauft und billige Waren aus diesen Ländern als besonders wettbewerbsfähig dargestellt werden. Ungleichheit ist dort unerträglich, wo sie die Gemeinschaft sprengt, die gemeinsame Sprache und die gemeinsamen Ziele raubt.

Es ist gerade das Bild der Gemeinschaft, dieses mich im Evangelium immer wieder beeindruckt. Das an den Tisch holen von den Straßen und Zäunen, das Gespräch, der Zuspruch, das Fragen, das Heilen, das gemeinsame Mahl, das Teilen von Brot und Wein. Und dabei ist es gerade nicht die gleichmäßige Verteilung von Brot und Wein, sondern die Gemeinschaft im Angesicht Gottes, die Zukunft verheißt für alle. Käme die EKD-Synode dieses Jahres zu dem Schluss, das Ausmaß der Ungleichheit sei zu groß geworden, so wäre dem zuzustimmen. **D**

Anzeige

Bitte bestellen Sie ein
kostenloses Probeexemplar
epd Dokumentation unter
Tel.: (069) 58098-191
Fax: (069) 58098-226
E-Mail: aboservice@gep.de
www.epd.de

Gemeinschaftswerk
der Evangelischen
Publizistik gGmbH
Aboservice
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt



epd Dokumentation

Informationen aus erster Hand

Texte und Dokumente aus Kirche und Gesellschaft

»Wem viel gegeben worden ist, bei dem wird man auch viel suchen.« (Lk 12,48)

*Ein Beitrag des Vorbereitungsausschusses
für die Arbeit der Synode der EKD am Thema »Armut und Reichtum«*

Der Text ist dem Lesebuch zur Vorbereitung auf die 5. Tagung der 10. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 5. - 9. 11. in Würzburg entnommen. Die Synode hat das Schwerpunktthema »Gerechtigkeit erhöht ein Volk – Armut und Reichtum«. (Hg: Kirchenamt der EKD, Hannover, Oktober 2006)

Vorab: Armut und Reichtum in der Perspektive des christlichen Glaubens

»Ich bin gekommen, damit sie das Leben und alles in Fülle haben sollen.« (Joh 10,10)

(1) Die Frage, ob unser Leben gelingt und vor Gott bestehen kann, hängt in der Perspektive des christlichen Glaubens nicht davon ab, ob man sich zu den Armen oder zu den Reichen zählen kann bzw. über ein mehr oder minder großes Vermögen verfügt. Vor Gott sind alle Menschen gleich und sind nach seinem Bilde mit der gleichen Würde ausgestattet. Armut kann diese unverlierbare Würde nicht beeinträchtigen – und Reichtum fügt ihr nichts hinzu. Jeder verfügt über Gaben, die für die Gemeinschaft aller wertvoll sind – niemand soll verloren gehen. Zugleich sind alle Menschen – egal ob, reich oder arm – allzumal Sünder. Die Unterschiede zwischen Armen und Reichen sollen uns daran erinnern, wie sehr wir alle aufeinander angewiesen sind und der Solidarität bedürfen. Keiner hat das Recht auf den anderen herabzublicken – und es gibt auch keine Gründe dafür, neidisch zu sein, weil andere mehr haben. *»Reiche und Arme begegnen einander – der Herr hat sie alle gemacht.« (Sprüche 22,2)*

»Niemand lebt davon, dass er viel besitzt.« (Lk 12,15)

(2) Reichtum ist christlich gesehen weit mehr, als sich im materiellen Vermögen von Menschen ausdrücken könnte. Kein Mensch ist in dieser Sicht nur deswegen arm, weil er über wenig Geld verfügt – und niemand nur deswegen reich, weil er mehr hat, als er zu einem guten Leben braucht. Entscheidend ist, ob sich jemand mit all dem, was er hat oder auch nicht hat, Gott anvertraut und hoffen kann, vor seinem Richterstuhl zu bestehen. Entscheidend ist, ob jemand im Kraftfeld von Glaube, Liebe und Hoffnung leben will und deswegen die Mittel, über die er verfügt, in der Bewegungsrichtung des Reiches Gottes nutzt und anstrebt, ein gerechtes Leben zu führen. Reichtum in diesem geistlichen Sinn zeigt sich nicht darin, was und wie viel man besitzt, sondern darin, wofür man sein Leben nutzt. Es ist die Freiheit, die Mittel dieser Welt, und so gerade auch den materiellen Reichtum, zum Wohle aller und in diesem Sinne zur Ehre Gottes einzusetzen, die eine gerechte christliche Haltung auszeichnet. Wer aber alles vom materiellen Reichtum erwartet und – ob arm oder reich – sein Herz daran hängt, der bedroht sein Leben auf das Äußerste. Wirklicher Reichtum aus christlicher Sicht ist Leben aus dem Geist Gottes in Freude und Dankbarkeit, im befreiten Dienst der Liebe.

Insofern halten wir fest: *»Wohl dem Reichen, der untadelig geblieben ist und nicht das Geld sucht. Wo ist der? So wollen wir ihn loben; denn er tut große Dinge unter seinem Volk. Wer bewährt sich darin bis ans Ende? Der soll gelobt werden. Wer konnte das Gesetz übertreten und tat's doch nicht, konnte Böses tun und tat's auch nicht? Seine Güter werden bleiben, und die Gemeinde wird seine Almosen preisen.« (Jesus Sirach 31,8-11)*

I. Warum wir uns äußern – die Situation

(3) Deutschland ist ein reiches Land. Allein das Brutto-Finanzvermögen aller privaten Haushalte stieg im vergangenen Jahr um 180 auf 4260 Milliarden Euro – je Haushalt sind dies im Durchschnitt 109.000 Euro. Trotz aller wirtschaftlichen Probleme hat sich dieser Betrag seit 1991 mehr als verdoppelt. Noch nie in der Geschichte verfügten Menschen in unserem Land über derma-

ßen umfangreiche Vermögen und sie wachsen weiter – bei großer Arbeitslosigkeit. Weltweit gesehen zählt Deutschland eindeutig zu den wirtschaftlichen Gewinnern der Globalisierung. Die Möglichkeiten, Armut in Deutschland und weltweit entschlossen zu bekämpfen, sind folglich so groß wie noch nie. Wer vermögend ist, vermag etwas. Reichtum verpflichtet: Er muss zur He-

bung des Gemeinwohls und zur Sicherung des Wohlstandes für alle in die Pflicht genommen werden. Aber in dieser Hinsicht gibt es erheblichen Handlungsbedarf.

(4) Denn dieser Reichtum ist höchst ungleich verteilt. Die Schere zwischen Reichen und Armen in Deutschland und weltweit geht immer rasanter auseinander. So stieg in Deutschland die Armutsrisikoquote von knapp 13 Prozent im Jahr 1998 auf 17 Prozent im Jahr 2005 – ein enormer Anstieg in nur 7 Jahren – und indiziert damit eine beträchtliche Zunahme von materieller Ungleichheit in unserem Land. Auch wenn zu erwarten ist, dass die Ungleichheit und das Armutsrisiko wieder zurückgehen werden, wenn die Konjunktur anspringt, bleibt das Problem, dass sich der wirtschaftliche Erfolg nicht in einem ausreichenden Maße in bessere Teilhabemöglichkeiten für die Menschen umsetzt. Ja, die Folgen der Globalisierung haben sogar in manchen Bereichen spürbar negative Auswirkungen auf die Sicherheit von Arbeitsplätzen und Einkommen. Zudem hat die Chancengleichheit in unserem Land erheblich abgenommen: Es wird immer schwieriger, aus nichtprivilegierten Elternhäusern sozial aufzusteigen. Diese Situation ist nicht neu – sie scheint sich jedoch zu beschleunigen und gibt deswegen erheblichen Anlass zur Sorge um die Zukunft unseres wirtschafts- und sozialpolitischen Modells der sozialen Marktwirtschaft, mit dem nach dem 2. Weltkrieg sehr erfolgreich zugleich wirtschaftliche Dynamik und sozialer Ausgleich erreicht sowie gefährliche Spaltungen der Gesellschaft zwischen Reichen und Armen vermieden werden konnten.

(5) Zudem deuten sich in den öffentlichen Debatten erhebliche Verschiebungen in der Bewertung von Reichtum und Armut an. Manche erhoffen sich von einem wachsenden Auseinanderdriften von Armen und Reichen, Ausgeschlossenen und Eliten, Lösungen unserer Zukunftsprobleme, vor allem eine größere wirtschaftliche Dynamik – andere haben sich schlechterdings mit dem Vorhandensein von Armut und der zunehmenden Konzentration von Reichtum bei wenigen abgefunden. Gegen beides wenden wir uns mit Entschiedenheit und erwarten, dass konsequenter als bisher Reichtum transparent gemacht, für gesamtwirtschaftliches Wachstum genutzt und zur Bekämpfung von Armut eingesetzt wird. Materieller Reichtum ist ein wichtiges Mittel zur Entwicklung der Gesellschaft, darf sich aber nicht als Ziel verselbständigen. Wir plädieren nicht für materielle Gleichheit in der Gesellschaft, meinen aber, dass das Ausmaß der Ungleichheit mittler-

weile zu groß geworden ist und wirtschaftliche Entwicklung behindert. Wir wollen ein Land, in dem sich alle Menschen »auf Augenhöhe« begegnen können, alle faire Chancen haben, auch höchste Positionen zu erringen, und niemand um ein Auskommen bitten muss. Wer dennoch Unterstützung braucht, muss sie solidarisch erhalten können.

(6) Mit dem »Gemeinsamen Wort« des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit« (1997) halten wir erneut fest: »Nur was die Lage der Schwächeren bessert, hat Bestand.« (»Gemeinsames Wort« Ziffer 41) Reichtum hat nicht Wert in sich, sondern findet seine Berechtigung nicht zuletzt darin, in Wohlstand für alle umgesetzt zu werden. Dieses Ziel wird zur Zeit in unserem Land nicht konsequent genug verfolgt. Dies wird zuletzt in der Denkschrift des Rates der EKD »Gerechte Teilhabe« erneut unterstrichen. Weit mehr 10 EKD Synode 2006 als bisher muss es Chancen für alle geben, Wohlstand zu erwerben und durch eigene Anstrengungen zum Gemeinwohl beitragen zu können. Zunehmender Reichtum in den Händen von nur Wenigen untergräbt dieses Ziel einer gerechten Gesellschaft.

(7) In dieser Richtung hat sich die Evangelische Kirche in Deutschland immer wieder zu Fragen einer gerechten Verteilung des Reichtums und der Bekämpfung von Armut geäußert. Sie hat es – gemeinsam mit der Katholischen Kirche – als ihre besondere Verpflichtung angesehen, »dem Anliegen jener Gehör zu verschaffen, die im wirtschaftlichen und politischen Kalkül leicht vergessen werden, weil sie sich selbst nicht wirksam artikulieren können.« (»Gemeinsames Wort« Ziffer 4) Weiter heißt es pointiert: »Nicht nur Armut, auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein. Umverteilung ist gegenwärtig häufig Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird. Ohnehin tendiert die wirtschaftliche Entwicklung dazu, den Anteil der Kapitaleinkommen gegenüber dem Anteil der Lohneinkommen zu vergrößern.« (Ziffer 13) Gefordert wurde daher u.a. die jährliche Erstellung nicht nur eines Armuts-, sondern auch eines Reichtumsberichts (Ziffer 219) – dem die Bundesregierung inzwischen in 2001 und 2005 vor allem im Blick auf Armut nachgekommen ist.

Was wir unter Armut und Reichtum verstehen

(8) Das große Problem der nachhaltigen Bekämpfung von Armut in Deutschland wurde zuletzt in der Denkschrift des Rates der EKD »Gerechte Teilhabe« zum Thema gemacht. Dieser Text verdeutlicht, dass Armut nicht auf materielle Dimensionen reduziert und deswegen nicht nur durch finanzielle Transfers gelöst werden kann. Armut ist vor allem als mangelnde Teilhabe an der Gesellschaft – im Extremfall als Ausschluss aus ihr – zu verstehen. Sie liegt nicht erst dann vor, wenn Menschen materiell unterversorgt sind, sondern wenn sie über zu geringe Chancen verfügen, sich mit ihren Fähigkeiten in das von allen geteilte Leben einbringen zu können. Armut so verstanden behindert Menschen darin, ihren von Gott gegebenen Auftrag, sich mit ihren Gaben zur Selbsterhaltung und zum Wohl aller einzusetzen, zu erfüllen. Wo dies der Fall ist, muss der vorhandene Reichtum auch entschieden zur Verbesserung der Lage aller und nicht nur einiger weniger eingesetzt werden. Es gibt keine Entschuldigung, dies nicht zu tun und Reichtum vielmehr lediglich zur weiteren Steigerung der Möglichkeiten ohnehin schon Reicher einzusetzen.

(9) Sowenig wie Armut kann auch Reichtum auf materielle Dimensionen reduziert werden. Natürlich findet er seinen erkennbarsten Ausdruck im Verfügen über ein großes Vermögen. Zum Reichtum gehört aber auch, dass Menschen über ein besonders hohes Maß an Teilhabechancen, d.h. über Macht, verfügen und sich dementsprechend in die Gesellschaft gestaltend einbringen können. In dieser Hinsicht stellen vor allem ein hohes Maß an Bildung und gute Gesundheit entscheidende Aspekte von Reichtum dar. Die Chance, Bildung und möglichst gute Gesundheit erlangen zu können, muss allen in der Gesellschaft offen stehen. Was unser Land anbetrifft, so erleben wir allerdings, dass insbesondere hohe Bildung, aber auch gute Gesundheit in einem erheblichen Ausmaß von der Verfügung über materiellen Reichtum abhängen. Dies ist nicht hinzunehmen.

(10) Mit der Stellungnahme der Kammer für nachhaltige Entwicklung der EKD »Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung. Die Millenniumsziele der Vereinten Nationen« im Jahr 2005 hat sich die EKD zuletzt zur Frage von globaler Ungleichheit, weltweiter Armut und Reichtum und Lösungswegen geäußert. An einigen Stellen soll auch im vorliegenden Grundsatzpapier in diesem Sinne der Blick über den deutschen Tellerrand gehoben werden – auch wenn es sich

vorrangig mit der Situation in unserem Land beschäftigen soll und will –, denn in unserer globalisierten Welt haben viele Handlungen im Norden Auswirkungen auf den Süden und umgekehrt. Die Stellungnahme der EKD aus dem Jahr 2005 betont die Notwendigkeit der Umsetzung dieser Ziele, hält aber auch fest, dass dies nur Zwischenschritte auf dem Weg zu einer beträchtlichen Reduktion weltweiter Armut sind und deswegen weit mehr Engagement gefordert ist.

Materieller Reichtum und materielle Armut

(11) Als materiell Reiche können diejenigen gelten, die erheblich mehr als der Durchschnitt der Bevölkerung verdienen – oft gemessen als mehr als das Doppelte des Durchschnittseinkommens – und vor allem über ein signifikantes Vermögen verfügen. Sie stellen eine relativ kleine Gruppe der deutschen Bevölkerung dar. Vom finanziellen Gesamtvermögen deutscher Privathaushalte stehen ziemlich genau 50 Prozent in der Verfügung des reichsten Zehntels der Haushalte. Dieser Anteil ist zwischen 1998 und 2003 um gut 4 Prozentpunkte gestiegen. Demgegenüber entfallen nur knapp vier Prozent der Geld- und Sachwerte auf die untere Hälfte der Haushalte. Wesentlich ist der Besitz an Immobilien: Im obersten Zehntel besitzt praktisch jeder Haushalt Grundvermögen – im unteren Zehntel nur rund 6 Prozent. Der Reichtum an der Spitze nimmt durch Erbschaften immer weiter zu. Eine belastbare Übersicht über den Besitz am deutschen Produktivkapital gibt es nicht.

(12) Demgegenüber ist die Zahl derjenigen, die von Armut betroffen oder von ihr bedroht sind, in den letzten Jahren – vor allem wegen der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit – erheblich gewachsen. Gut ein Fünftel aller abhängig Beschäftigten arbeiten in Deutschland für Niedriglöhne – nach der international üblichen Definition der Niedriglohngrenze also für weniger als zwei Drittel des Medianentgeltes (= z.Z. 10 Euro/ Stunde). Die Löhne im unteren Segment sinken immer weiter; mittlerweile liegt z.B. der Tariflohn eines 17jährigen einfachen Arbeiters im hessischen Tischlerhandwerk bei 3,73 Euro – ein Saisonarbeiter in der sächsischen Landwirtschaft wird mit 4,40 Euro entlohnt. Gleichzeitig ist die Schere zwischen Armen und Reichen in den letzten Jahren immer weiter auseinander gegangen. Dies muss allerdings nicht bedeuten, dass sich die Situation der Armen auch absolut verschlechtert hat und im konjunkturellen Aufschwung nicht auch die Armen profitieren werden. Da Armut

relativ zum Durchschnittseinkommen definiert wird, kann es auch sein, dass die soziale Ungleichheit zwar steigt, es den Armen aber dennoch rein materiell besser geht. Tatsächlich hat sich die Zahl der Menschen, die in die Nähe des Existenzminimums geraten sind, in den letzten Jahren erhöht.

(13) Der Reichtum einer Gesellschaft bemisst sich nicht nur an der Einkommensverteilung und an der Höhe von Geldtransfers für arme und hilfsbedürftige Menschen. Eine gerechte Gesellschaft lebt auch von institutionellen Teilhabemöglichkeiten, die unabhängig von Einkommen und Vermögen der Nutzer gesichert sind. Der in Deutschland gebildete Sozialstaat hat hier im Bereich der Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur eine wichtige Garantiefunktion. Unter dem Eindruck mangelnder staatlicher und fiskalischer Leistungsfähigkeit wurden in den letzten Jahren von Bibliotheken, Schwimmbädern und sozialen Beratungsstellen über den öffentlichen Personenverkehr bis hin zu wohnungsnahen Einkaufs- und Beschäftigungsmöglichkeiten wichtige Voraussetzungen einer funktionierenden Gemeinschaft abgebaut. Gleichzeitig werden gemeinnützige Dienste der freien Wohlfahrtspflege nicht in den Stand gesetzt, mit ausreichenden haupt- und ehrenamtlichen Personalressourcen ihren Auftrag zu erfüllen. Damit steht das Konzept einer beschäftigungsfreundlichen, sozialen Dienstleistungsgesellschaft und die Gewinnung von Nachwuchs in den Sozial- und Pflegeberufen in Frage. Insbesondere müssen in der häuslichen Pflege ausreichende Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden, die auch Familien ohne Spitzen Einkommen diese Dienste sichern.

(14) Weltweit sind die Unterschiede zwischen Arm und Reich allerdings viel gravierender als in Deutschland, das sich in bezug auf die Armutsrisikoquote innerhalb Europas bisher noch im Mittelfeld bewegt. Die 12 Prozent der Weltbevölkerung, die in den G7-Staaten leben, verfügen über 70 Prozent des weltweiten Einkommens. Die reichsten 500 Einzelpersonen der Welt verfügen gemeinsam über ein größeres Einkommen als die ärmsten 416 Millionen. Für viele Menschen bedeutet Reichtum dabei bereits die Befriedigung ihrer materiellen Grundbedürfnisse (Nahrung, Kleidung, Wohnung etc.), die für sie in ihren Heimatländern nicht möglich ist.

(15) Was kann getan werden, damit der vorhandene Reichtum in unserem Land so genutzt wird, dass die Allgemeinheit davon mehr profitiert – und nicht nur einige wenige? Wie kann sicherge-

stellt werden, dass erfolgreiche Industrieländer mit ihrem Reichtum international verantwortungsvoll gegenüber benachteiligten Regionen der Welt handeln? Reichtum ist eine gesellschaftliche Ressource, die nicht zum Zwecke des gesteigerten privaten Konsums verbraucht werden darf, sondern auch zur Sicherung vor Armut und Not und zur Hebung der Lebensqualität aller Menschen eingesetzt werden muss. Dieser Grundsatz gilt im übertragenen Sinn auch mit Blick auf die globalen Ungleichheiten. Gerade Deutschland als eines der reichsten Länder der Welt steht hier in einer besonderen Verantwortung. In diesem Sinne muss gefragt werden: Wofür wird der Reichtum tatsächlich verwendet?

Reichtum als Privileg

(16) An der Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse sind Reiche stärker beteiligt als Arme. Der Zugang zu dieser »Elite« beruht jedoch in unserem Land nicht nur auf eigener Leistung, sondern wird durch materielle und immaterielle Privilegien gesteuert, so dass diese Gruppe überwiegend geschlossen bleibt. Soziale Aufstiegsprozesse – sieht man von Politikern ab – gelingen nur sehr eingeschränkt. Materielles Vermögen wird zu einem großen Teil innerhalb dieser Gruppe der Einflussreichen vererbt und nicht-monetäre Vorteile, insbesondere exklusives »Sozialkapital«, werden im Prozess der Sozialisation in der entsprechenden Familie exklusiv weitergegeben. Diese »Vererbung privilegierter Karrierechancen« greift insbesondere im Fall wirtschaftlicher Führungseliten. Einer der Gründe hierfür ist die gegenwärtige Struktur des deutschen Bildungssystems. Dass in der Schule Akademikerkinder – bei gleichen Fähigkeiten – erheblich bessere Chancen auf einen höheren Abschluss haben als Kinder aus einfachen Verhältnissen – und vor allem aus Migrantenfamilien –, hat die PISA – Studie schonungslos aufgedeckt. Hier werden nicht nur individuelle Chancen, sondern auch wichtige gesamtgesellschaftliche Potentiale vergeben.

(17) Zudem ist Reichtum mit der Lebensdauer verknüpft: Wer viel verdient, kann es sich leisten, gesünder zu leben und lebt deswegen länger, wer arm ist, stirbt früher. Einen entsprechenden Zusammenhang gibt es auch für das Sozialprestige; je höher, desto gesünder. Eine entsprechende Auswertung von Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Deutschen Rentenversicherung lässt erkennen, dass Bezieher und Bezieherinnen einer geringen Rente durch-

schnittlich knapp fünf Jahre früher sterben als solche mit einer hohen Rente. Gut belegt ist im übrigen, dass die Erfahrung von Arbeitslosigkeit

mit gesundheitlichen Belastungen einhergeht, längere Arbeitslosigkeit krank macht und die Lebenserwartung senkt.

II. Reichtum als Gabe und Aufgabe – die christliche Sicht

(18) Reichtum wird in der Bibel häufig zum Thema gemacht. Die verschiedenen Aspekte, unter denen dies geschieht, machen seine Ambivalenzen deutlich und verknüpfen Reichtum stets mit Fragen nach der Lebensführung. Ob Reichtum zum Segen oder zum Fluch wird, entscheidet sich an seinem Erwerb und seiner Verwendung. Insgesamt lassen sich wenigstens drei Argumentationslinien unterscheiden:

- a) (Gerechter Reichtum) Reichtum als Konsequenz einer an Gerechtigkeit orientierten Lebensführung und aufgrund eigener Anstrengungen kann im Sinne der Bibel als Segen begriffen werden, den Gott schenkt. Sich zu bemühen, zu arbeiten, für sich und andere zu sorgen, zu sparen, um die Zukunft zu sichern – und in dieser Hinsicht nach persönlichem Wohlstand zu streben – ist nicht nur legitim, sondern wird auch in christlicher Ethik von jedem und jeder gemäß den eigenen Möglichkeiten erwartet. Ungeachtet dessen stellt auch freiwillige Armut, ja Besitzverzicht eine christliche Existenzmöglichkeit dar. *»Denn wenn Gott einem Menschen Reichtum und Güter gibt und lässt ihn davon essen und trinken und sein Teil nehmen und fröhlich sein bei seinem Mühen, so ist das eine Gottesgabe.«* (Prediger 5,18)
- b) (Ungerechter Reichtum) Reichtum kann aber auch dazu führen, dass sich missbräuchlich Macht über andere akkumuliert und dass dies Reiche dazu verführt, ihre Möglichkeiten auf Kosten der Armen zu missbrauchen. Darauf weisen eine Reihe von Aussagen und Geschichten in der Bibel hin. Gegen dieses Unrecht wird die unbedingte Geltung des göttlichen Rechtes eingefordert. *»Besser wenig mit Gerechtigkeit als viel Einkommen mit Unrecht.«* (Sprüche 16,8)
- c) (Reichtum als Versuchung) Reichtum kann zudem als Konkurrent zum Glauben an Gott verstanden werden. Die kritische Frage muss immer sein, woran das Herz eines jeden hängt. Ist es dem materiellen Reichtum verfallen, so ist dies ein Warnsignal, weil dann das eigene materielle Vermögen nicht mehr sinnvoll genutzt werden kann, sondern man

ihm verfallen ist. Denn die persönliche Hingabe an Gott und an seine Gebote kann dadurch, dass man sich auf seinen Reichtum verlässt, massiv beeinträchtigt werden. Damit kann Reichtum dazu führen, gegen den weltlichen Augenschein dennoch letztlich sein Leben zu verlieren, weil man seinen wirklichen Sinn verfehlt. Weil Reichtum aber eine vermeintliche Sicherheit vortäuscht, besteht die reale Gefahr, sein »Herz« an ihn zu verlieren. *»Denn welchen Nutzen hätte der Mensch, wenn er die ganze Welt gewönne und verlöre sich selbst oder nähme Schaden an sich selbst?«* (Lk 9,25)

(19) Wenn sich die evangelische Kirche in dieser Richtung zu Fragen von Reichtum und Armut äußert, so tut sie es folglich nicht, um Neidgefühle oder Ressentiments zu wecken. Und wenn sie ihre grundsätzliche »Option für die Armen« bekräftigt, so bedeutet dies nicht, dass es darum ginge in einer Art von »Robin-Hood-Haltung« einfach den Reichen vieles wegzunehmen und dann den Armen zu geben. Ein solcher Weg würde die Komplexität der Problematik in der modernen Gesellschaft völlig unterschätzen. Auch stellt sie nicht den Nutzen von Reichtum infrage, sondern betont ausdrücklich, dass auf seiner gerechten Verwendung der Segen Gottes ruhen kann. Und sie würdigt die vielen Reichen, die ihrer christlichen Verantwortung nachkommen und ihren Reichtum im Interesse des Wohles aller und gerade der Schwächeren in der Gesellschaft einsetzen.

(20) Reichtum hat jenseits von Eden folglich eine wichtige Funktion in der Schöpfung Gottes. Aber es muss nachdrücklich gefragt werden: Wie ist der vorhandene gesellschaftliche und persönliche Reichtum entstanden? Wofür wird der Reichtum genutzt? Profitieren vom Reichtum ausschließlich einige wenige, die sich mit ihm einen aufwändigen Lebensstil leisten können, oder wird der Reichtum letztendlich dafür eingesetzt, dass möglichst viele Menschen in Freiheit und ohne Angst leben können, insbesondere eben auch dafür, dauerhafte Armut auch weltweit – auf den »Müllhaufen der Geschichte« (Bob Geldof) zu befördern? Reichtum muss als eine Gabe Gottes gesehen werden, die Menschen und Gruppen treuhänderisch anvertraut ist und sich darin be-

währen soll, der ganzen Gemeinschaft zugute zu kommen, um die Lebens- und Teilhabemöglichkeiten aller Menschen zu erweitern und durch die Schaffung solidarischer Formen der Arbeit und der Lebenssicherung zu ihrer Freiheit beizutragen.

(21) In dieser Hinsicht unterstreichen wir die Aussagen des Grundgesetzes zur Sozialpflichtigkeit des Eigentums: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« (Artikel 14 GG). Hier wird das christliche Verständnis von Eigentum und Reichtum pointiert zusammengefasst. Gerade diejenigen biblischen und christlichen Traditionen, die festhalten, dass gerecht erworbener Reichtum als Segen verstanden werden kann, betonen, dass mit seinem Besitz die erhöhte Verantwortung einhergeht, für alle, gerade auch für die Armen, zu sorgen. Die Wirtschafts- und Sozialordnung Deutschlands ist durch die Verankerung der Sozialpflichtigkeit im Grundgesetz dieser Festlegung unterworfen. Sie darf nicht preisgegeben werden! Es besteht die Gefahr, dass sich Verfassungsgebot und Verfassungswirklichkeit immer weiter auseinanderentwickeln.

Option für die Armen – aber kein Egalitarismus!

(22) Die biblisch geprägte christliche Haltung zum Reichtum hat sich in ihrer geschichtlichen Entwicklung in verschiedenen Facetten profiliert. Selbstkritisch müssen wir festhalten, dass es auch Formen der missbräuchlichen Legitimierung ungerechten Reichtums gegeben hat. Es gab Situationen, in denen die Kirche augenscheinlicher Reichtumsbildung auf Kosten der Armen nur zugesehen und ihren Mund nicht für die Schwachen geöffnet hat. Die Beteiligung von Armen an Kirchengemeinden war und ist oft mangelhaft. Auch heute unternehmen wir als Kirche zu wenig, um dem Ausschluss von Armen aus der Gesellschaft zu wehren. Zu oft konzentrieren wir uns darauf, allein materielle Hilfe zu leisten, und übersehen, dass es einer umfassenden Befähigung und Ermutigung (Empowerment) der Betroffenen bedarf, das auch kulturelle Aspekte umfasst. Zu lange haben wir zugesehen, dass in Deutschland die Arbeitslosigkeit und damit das Risiko, dauerhaft arm zu werden, immer weiter wuchs, ohne wirklich etwas dagegen zu unternehmen. Dass Arbeitslose materiell mehr oder minder gut versorgt waren, hat uns in eine trügerische Ruhe eingewickelt. Der eigentliche Skandal: dass die Fähigkeiten all dieser Menschen nicht mehr für

die Gemeinschaft zum Tragen kommen können, trat immer weniger in das Bewusstsein.

(23) Auf der anderen Seite muss auch gerade aufgrund von Erfahrungen mit der Reichtumsentwicklung in der modernen Gesellschaft vor Vorstellungen gewarnt werden, dass eine egalitäre Verteilung von Reichtum in einer Gesellschaft allein schon dauerhaft zu mehr Wohlstand und zu mehr Chancen für die Ärmere führen würde. Ohne einen zugleich aktivierenden und fördernden Charakter der sozialen Unterstützungsleistungen kann es auch dazu kommen, dass die Gewöhnung vieler Menschen an eine dauerhafte Versorgung durch den Staat zu einem Sich-Abfinden mit dem Zustand der Armut führt, der auf Kosten ihrer eigenen Entwicklung und letztlich auf Kosten aller geht. Die Verteilung von Gütern von den Reichen zu den Armen allein setzt keine nachhaltige Wohlstandsentwicklung in Gang – sie kann, wenn sie auf Dauer gestellt wird, sie vielmehr gründlich behindern. Wohlstandsentwicklung greift erst dann, wenn sich eine Wirtschaftsordnung stabilisiert, in der alle Menschen erfolgreich nach Wohlstand streben können. Es sind gerade die Erfahrungen mit dem staatlich organisierten Sozialismus, die uns dies gelehrt haben. Es muss genügend Anreize und Unterstützung – aber natürlich auch Möglichkeiten – für die Menschen geben, sich durch eigene Anstrengungen ihr Leben eigenverantwortlich sichern zu können, so die Gemeinschaft zu entlasten und zugleich Ressourcen zum Ausbau von Systemen der Solidarität für alle, die ihrer bedürfen, zu schaffen. Eigenverantwortung und Solidarität sind zwei Seiten einer Medaille.

Wie entsteht Reichtum und wie wird er genutzt?

(24) Unterschieden werden muss zwischen der Entstehung von Reichtum und seiner Nutzung. Beide Prozesse unterliegen gesellschaftlichen Bedingungen, die nur zum Teil politisch gesteuert werden können. So bedarf es z.B. einer die Austauschprozesse fördernden Kultur des Vertrauens, einer Wirtschaftsordnung mit offenen Märkten zugunsten eines echten Leistungswettbewerbs, einer effizienten Rechtsordnung, eines bestimmten Standards an Infrastruktur – und vor allem der Aufrechterhaltung des Friedens, damit sich gesellschaftliche Reichtumsentwicklung überhaupt vollziehen kann. Zudem müssen individuelle Anreize die Leistungserbringung antreiben – was allerdings nicht notwendigerweise zu extre-

men Unterschieden zwischen Armen und Reichen führen muss.

(25) So zählt die Möglichkeit, eigenen Wohlstand zu erwerben zu den elementaren Voraussetzungen für ein halbwegs gesichertes Leben. Wohlstand ist mehr und anderes als materieller Reichtum. Er umfasst das Maß an Möglichkeiten, die ein jeder nach seinen Vorstellungen für ein gelingendes und befriedigendes Leben braucht. Dazu gehören materielle Sicherheiten, aber auch Möglichkeiten des Zugangs zur Kultur, zur Bildung und zur Mitwirkung an der Gestaltung des Gemeinwesens. Danach zu streben gehört zum Leben eines jeden Menschen dazu und darf nicht schlecht geredet werden. Seine Erlangung möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, kann geradezu als christliches Leitbild einer gerechten Gesellschaft begriffen werden. Wenn sich Menschen nicht um das Lebensnotwendige sorgen müssen, weil sie über einen gewissen materiellen Wohlstand verfügen, kann ihr Blick frei werden für all das, was mit Geld nicht zu haben ist und das Leben vieler Menschen bereichert. Nicht zuletzt verschafft solcher Wohlstand mehr Möglichkeiten, Gutes zu tun und Barmherzigkeit zu üben. Ihre Möglichkeiten und ihre Verantwortung, sich im Interesse einer gerechten Gesellschaft zu engagieren, nehmen zu. Wohlhabende Menschen sind gewiss nicht besser als die, denen es schlechter geht, aber ihr materieller Wohlstand erlaubt es ihnen, viel Gutes zu tun.

(26) Die Entstehung von Reichtum erklärt die klassische nationalökonomische Theorie daraus, dass nicht alles Vorhandene konsumiert, sondern gespart und in diesem Sinne akkumuliert wird. Die Frage an dieser Stelle war schon immer, auf wessen Kosten gespart und dementsprechend akkumuliert wird. Geschieht die Reichtumsbildung aufgrund von persönlichen Opfern, die derjenige erbringt, der dadurch reich wird, oder ist sie mit dem Entzug von Möglichkeiten anderer verbunden? Geschieht Reichtumsentwicklung im Interesse einer Gesellschaft insgesamt oder geht sie zu Lasten einzelner Gruppen von Menschen oder ganzen Regionen der Welt, während andere davon profitieren? Verhalten sich international agierende Unternehmen sozial und ökologisch verantwortlich oder geht ihre Gewinnmaximierung auf Kosten der Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen (z.B. Verletzung von Kernarbeitsnormen) und nachhaltiger Schädigung der Umwelt?

(27) Heute scheint es offensichtlich zu sein, dass großer persönlicher Reichtum längst nicht mehr

aufgrund derartiger »Sparvorgänge« – und schon gar nicht aufgrund harter eigener Arbeit – zustande kommt. Das »wirklich große Geld« wird heute auf den Finanzmärkten verdient – allerdings bisweilen auch wieder verloren. Die Generierung von persönlichem Reichtum scheint sich von der Welt der »realen« Güter- oder Dienstleistungsproduktion abgekoppelt zu haben. Wir erleben »profits without production«. Profiteure dieser Entwicklung sind Anleger großer Vermögen – zu denen allerdings auch gewaltige Renten- und Pensionsfonds zählen, in denen die Zukunftssicherung vieler Millionen von Arbeitnehmern steckt. Die Erfahrung, den Mechanismen der Finanzmärkte direkt ausgeliefert zu sein, ist für viele in Deutschland etwas Neues. Welchen Steuerungsmechanismen unterliegen die Finanzmärkte? Gibt es für sie ethische Normen? Der Eindruck, dass sich unter ihrem Einfluss die Schere zwischen Armen und Reichen schnell weiter öffnet, ist weit verbreitet. Bemühungen, Unternehmen aufzubauen und Arbeitsplätze zu schaffen, werden möglicherweise entwertet, da man anders viel leichter Reichtum anhäufen kann. Insbesondere wird durch diese Entwicklung eine Entkopplung von Reichtumsbildung und der Schaffung von Arbeitsplätzen befördert, die für die Zukunft äußerst beunruhigend ist. Soll in Zukunft gelten: Nicht wer Arbeitsplätze schafft, hat die Chance, reich zu werden, sondern wer sie abbaut? Das würde heißen, dass sich die Reichtumsentwicklung einiger auf Kosten der arbeitenden Menschen vollzöge. Dies würde Grundlagen unseres Gemeinwesen infrage stellen und zu recht als ungerecht empfunden werden.

(28) Im Blick auf die Nutzung des Reichtums muss gefragt werden, wofür Reichtum investiert wird. Dient er der Vermehrung des Wohlstandes unserer ganzen Gesellschaft, z.B. dadurch, dass durch die Reinvestition erwirtschafteter Gewinne Arbeitsplätze für möglichst viele geschaffen werden, Shareholder entsprechend ihren Anteilen an den Aktien oder am sonstigen Eigenkapital Anteile an den Erträgen profitabler Unternehmen erhalten und schließlich die staatlichen Aufgaben in einem Land durch Steuereinnahmen angemessen geleistet werden können? Und nicht zuletzt: Wird der Reichtum einer Gesellschaft auch zur Unterstützung benachteiligter Regionen der Welt eingesetzt und damit globaler Verantwortung füreinander Rechnung getragen?

(29) Entscheidend ist folglich zu fragen: Wird Reichtum in einer Gesellschaft zur Sicherung des allgemeinen Wohlstands herangezogen, um Unsicherheiten, Unfreiheiten und Beeinträchtigungen

für alle zu reduzieren? Wird Reichtum einer Gesellschaft zu einem angemessenen Teil dazu eingesetzt, selbstgesetzte Maßstäbe weltweiter Gerechtigkeit, wie etwa die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen, die als Zwischenschritt auf dem Weg zur Beseitigung der weltweiten Armut gelten? Gelingt es, Strukturen zu schaffen, die ärmeren Ländern Wohlstandsentwicklung aus eigener Kraft ermöglichen? Wird er zur Förderung von Forschung und Innovation, zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit eingesetzt? Wird Reichtum an Ressourcen (z.B. Rohstoffe etc.) nachhaltig genutzt oder findet eine Ausbeutung statt, die auf Kosten nachfolgender Generationen geschieht?

Reichtum muss in Wohlstand umgesetzt werden!

(30) Die Antriebskräfte aktueller Reichtumsentwicklung müssen mit einer gewissen Skepsis betrachtet werden. Die Ideale von Adam Smith und Ludwig Erhard, eine faire wettbewerbsorientierte Wirtschaft aufzubauen, in der sich die Interessenlagen zugunsten des Gemeinwohls ausbalancieren, hat sich angesichts vermachteter Märkte, protektionistischer Maßnahmen und vielfältiger politischer Eingriffe und anderer Deformationen nicht erfüllt. Die gegenwärtige Art des Wirtschaftens schafft einen immer größeren Überfluss an Gütern und Dienstleistungen in den Industrieländern und oberen Schichten in armen Ländern. Aber dieser Reichtum an Möglichkeiten erwächst auch aus hedonistischen und egoistischen Werten, die das menschliche Streben nach wirklichem Wohlstand unterlaufen können. Ein die Lebensqualität aller fördernder Wohlstand verbreitet sich nur dann, wenn die Vorstellung von einer Gesellschaft aufrecht erhalten wird, die aus informierten, aktiven und sich gegenseitig wertschätzenden Bürgern besteht, die von geteilten Werten zusammengehalten werden.

(31) Das nicht wünschenswerte Gegenbild ist eine zwar materiell reiche Gesellschaft, in der jedoch der Konsum und das Interesse an Unter-

haltung alles dominieren und in der keine gemeinsamen Zielvorstellungen für ein lebenswertes gemeinschaftliches Leben mehr verfolgt werden. Ob es uns gelingt, ein lebenswertes Leben für alle in unserer Gesellschaft zu schaffen, hängt entscheidend von unserer Fähigkeit ab, materiellen Reichtum als etwas zu begreifen, was menschlichen Zielen dient und nicht ein Ziel in sich selbst ist. Erfolg in der Verfolgung eigener Interessen und in der Befriedigung eigener Bedürfnisse alleine reichen nicht aus, um ein Leben mit Sinn zu erfüllen.

(32) Eine moderne Gesellschaft ist nicht nur in der Lage, Reichtum zu erzeugen, und zwar in einem in der Geschichte bisher ungeahnten Ausmaß, sondern ihr kann es auch gelingen, ihn in wirklichen Wohlstand für alle umzuwandeln. Faire Mittel und Wege, individuellen materiellen Reichtum zu schaffen, dürfen deswegen aus christlicher Sicht nicht verachtet werden, besonders dann nicht, wenn sie dazu beitragen, weit gestreuten Wohlstand zu verwirklichen. Arbeit und Einkommen sollen den Menschen die Möglichkeiten verschaffen, größeren Wohlstand und größere Freiheit zu erleben.

(33) Es ist deutlich, dass entsprechende Fortschritte am besten in innovativen und wettbewerbsorientierten Marktwirtschaften erreicht werden können. Dies sagen wir als Christen nicht, um Wettbewerb zu idealisieren oder gar zu einem fetischartigen Wert an sich zu machen, sondern weil wir fairen Wettbewerb als ein unersetzbares Mittel verstehen, um damit die gewünschten Zwecke zu erreichen, nicht zuletzt die Bereitstellung eines großen, effektiven Sektors öffentlicher Dienstleistungen. Fairer Wettbewerb bedeutet für uns auch, faire Handelsbedingungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern durchzusetzen, wettbewerbsverzerrende Subventionen auf Exportgüter des Nordens abzuschaffen und den Zugang zu den Märkten für die Entwicklungsländer weiter zu erleichtern, um Wohlstand und Entwicklung auch in den Länder des Südens zu ermöglichen.

III. Worum es geht – Folgerungen und Forderungen

(34) Eine sinnvolle und ethisch akzeptable Nutzung des Reichtums in unserem Land muss an der Erreichung bestimmter gesellschaftlich geteilter Ziele gemessen werden, die durch Indikatoren erfasst werden können. Dabei handelt es um weitgehend anerkannte Nachhaltigkeitsziele,

wie sie z.B. von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) erarbeitet worden sind. Zu ihnen zählen z.B.:

- Im Bereich Gesellschaft / Soziales: ein hohes Niveau an Bildung, Kultur und Ausbildung e-

benso wie die Erreichung eines hohen Gesundheitsstandes;

- Im Bereich Wirtschaft: eine gleichmäßige Verteilung der Arbeit, ausgeglichene Wirtschaftsstrukturen und möglichst hohe regionale Selbstversorgungsaktivitäten;
- Im Bereich Umwelt: die Erhaltung der Ökosysteme und eine geringe Entnahme von nicht erneuerbaren Ressourcen;
- Im Bereich Demokratie / Partizipation: ein hohes Engagement von Freiwilligen aus allen Bereichen. In allen Fällen geht es darum, die besondere Unterstützung von Armen und ihre tatsächliche Beteiligung an Prozessen aller Art zu erfassen und beständig zu erhöhen. Die Entwicklung sozialer und ökonomischer Ungleichheit muss in Relation zur Erreichung solcher Ziele analysiert und gewertet werden.

(35) Darüber hinaus soll sich Deutschland seiner internationalen Rolle als eines der reichsten Industrieländer bewusst stellen und aktiv das Ziel verfolgen, arme Länder partnerschaftlich darin zu unterstützen, die Millenniumsziele zu erreichen und zukünftig aus eigener Kraft nachhaltigen Wohlstand zu generieren. Entwicklungshilfe ist gleichermaßen eine Investition wie ein moralisches Erfordernis – eine Investition in gemeinschaftlichen Wohlstand, kollektive Sicherheit und eine gemeinsame Zukunft. Wenn heute versäumt wird, in ausreichendem Umfang in dieser Hinsicht zu investieren, werden morgen enorme Kosten entstehen.

(36) Wenn wir Reichtum als ein Mittel zur Schaffung einer gerechten Gesellschaft bei uns wie einer gerechten Weltgesellschaft und zur Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe aller sowie zur Erreichung der oben genannten gesellschaftlichen Ziele verstehen, dann folgen daraus Vorstellungen, die sich auf eine geordnete Nutzung des Reichtums in der Gesellschaft richten. Dazu zählen:

Die Rahmenordnung der Gesellschaft muss so gestaltet sein, dass möglichst jeder Bürger in der Lage sein kann, die Erlangung individuellen Wohlstands anzustreben und sich zivilgesellschaftlich zu beteiligen. Dafür braucht es eine effektive Rechtsordnung, die Bereitstellung öffentlicher Güter insbesondere der Sicherung von Chancengleichheit im Bildungswesen –, einen Zugang zum Kapitalmarkt und eine faire Wettbewerbsordnung. Individuelles Streben nach Reichtum darf nicht diskriminiert werden. Der große Anteil, den die oberen Einkommensklassen in Deutschland zur Finanzierung der Staatsaufga-

ben aufbringen, muss gewürdigt werden. Immerhin haben im Jahre 2005 die obersten 10 Prozent der Einkommensbezieher mehr als die Hälfte des Gesamtaufkommens der Einkommenssteuer, die obere Hälfte sogar über 90 Prozent beigetragen.

Die Gestaltung von Anreizen für erfolgreiches ökonomisches Handeln bedarf großer Aufmerksamkeit. Es darf keine Behinderung von Leistung, Innovationsinteresse und einem entsprechenden unternehmerischen Handeln in der Gesellschaft geben. Ein zielgerichtetes Wettbewerbsrecht und eine effektive Kartellaufsicht sind von überragender Bedeutung. Wenn sich Leistung und Innovation nicht in ausreichender Weise lohnen, gehen die Anreize für mehr Beschäftigung und mehr Wachstum und damit auch für eine allgemeine Erhöhung des Wohlstandsniveaus verloren. Erfolgreiches ökonomisches Handeln definieren wir jedoch nicht nur rein wirtschaftlich – nur sozial verträgliches und ökologisch nachhaltiges ökonomisches Handeln ist ein Erfolg auf der ganzen Linie.

Zudem braucht es die Sicherung der Sozialpflichtigkeit des Reichtums i.S. des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Dies gilt insbesondere im Blick auf Fragen der Steuergerechtigkeit. Wir halten daran fest, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache Schultern und sich die gesellschaftliche Funktion des Reichtums gerade an einer deutlich progressiven Besteuerung der Reichen festmacht. Zudem bedarf es einer gleichmäßigen Besteuerung aller Einkommensarten. Eine besonders wichtige Rolle könnte hierbei einer höheren Besteuerung von Immobilien und Erbschaften zukommen. Schlupflöcher gilt es zu schließen.

Begrenzung und Kontrolle des Einflusses ökonomischer Macht: Reiche dürfen nicht über übermäßigen Einfluss in der Gesellschaft verfügen. Insofern muss an dieser Stelle dem Lobbyismus deutlich Grenzen gesetzt werden. Dies gilt auch für die Teilhaberechte in Wirtschaftsunternehmen: Hier geht es darum, dass die Partizipation der Arbeitnehmer auf der einen und gesetzlich geregelte Mitbestimmung auf der anderen Seite gewährleistet wird, um den Missbrauch ökonomischer Macht vor Ort zu begrenzen. Der deutsche Weg der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Arbeit und Kapital hat sich bewährt und darf nicht den Regeln der weltweiten Globalisierung geopfert werden. Die Mitbestimmung ist ein Beitrag dazu, dass Arbeitnehmer auch in Unternehmen als vollwertige Bürger und Bürgerinnen auftreten können.

Die Sicherung der Beteiligung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen am Produktivkapital bleibt ein wichtiges Ziel. In einer Zeit, in der ein harter globaler Wettbewerb den Arbeitnehmern besonders viel Leistung abverlangt, ist es nur redlich, sie auch an den Gewinnen und darüber hinaus am Produktivkapital der Unternehmen zu beteiligen, wie dies von evangelischer und katholischer Kirche immer wieder gefordert worden ist. Konsequente Bestrebungen in diese Richtung können langfristig die skandalöse Vermögensverteilung in Deutschland korrigieren helfen.

Der faire Zugang zu öffentlichen Gütern sichert die freie Entfaltungsmöglichkeit für alle in der Gesellschaft. Dazu zählt insbesondere ein sozial gerechter Zugang zu Bildung und Kultur, aber auch zu einer effektiven Gesundheitsversorgung. Im Bildungsbereich sehen wir zurzeit in Deutschland erheblichen Nachholbedarf. Allein über den Staat können Teilhaberechte für alle wirklich gesichert werden. Der Staat muss durch genügend Einnahmen hierzu in der Lage sein.

Sodann braucht es wesentlich stärker als bisher auch in Deutschland eine Stiftungskultur, mit der Reichtum auf freiwilliger Grundlage in die Gesellschaft transferiert wird, und so eine Brücke zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut geschlagen wird. Die Ressourcen der Zivilgesellschaft in Deutschland müssen auch in der Förderung der Armen zum Tragen kommen. Umgekehrt sind Arme als Teil der Zivilgesellschaft einzubeziehen.

Mit Blick auf die derzeit noch vorherrschenden globalen Ungleichheiten zwischen armen und reichen Ländern fordert die evangelische Kirche die Bundesregierung auf, ihren Beitrag zur Gestaltung der weltweiten Entwicklungspartnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern durch entsprechende finanzielle und handelspolitische Beiträge zu leisten (u.a. Steigerung der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent Bruttonationaleinkommen bis 2015, Gewährung von Schuldenerlassen, Einführung neuer Finanzierungsinstrumente wie einer Abgabe auf Flugtickets, Abbau handelsverzerrender Subventionen, Marktöffnung). An die Adresse von (deutschen) international agierenden Unternehmen geht der Appell, verantwortungsvoll zu handeln, Kernarbeitsnormen und Umweltstandards zu respektieren und damit die Ausbeutung von armen Ländern (Rohstoffe, Arbeitskraft der Menschen etc.) zu verhindern.

Stärker als bisher sollte Deutschland auf eine effiziente Regulierung der internationalen Finanzmärkte hinwirken. Hier muss ein hohes Maß an Transparenz zur Steuerung eines fairen Wettbewerbs mit der verstärkten Abschöpfung von spekulativen Gewinnen einhergehen. Es gilt, ethische Maßstäbe auch für das Verhalten an der Börse zu entwickeln und ihre Einhaltung zu kontrollieren. Deutsche Unternehmen sind in der Linie der sozialen Marktwirtschaft nicht nur den Shareholdern, sondern auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verpflichtet und tragen Verantwortung für das Gemeinwohl. Das macht in der globalen Welt einen Unterschied an Menschlichkeit aus, den es zu kultivieren gilt!

Auch die Evangelische Kirche in Deutschland ist im weltweiten Vergleich reich – trotz aller notwendigen Kürzungen der letzten Zeit. Sie ist reich an materiellen Ressourcen – aber mehr noch an den lebendigen schöpferischen Kräften aller Menschen, die sich in ihr engagieren. Wir verpflichten uns, diesen Reichtum weit mehr als bisher zugunsten der Armen einzusetzen. Allzu oft finden wir uns in selbstgenügsamen Gruppen und Kreisen in der Kirche wieder, ohne zu merken, dass arme Menschen ausgeschlossen bleiben. Es reicht nicht aus, dass einige Kirchengemeinden und die Diakonie etwas für Arme tun – wir müssen zu einer Kirche werden, in der sich Arme zuhause fühlen und an den Entscheidungen in ihren Gemeinden beteiligt sind. Die Kirche muss ein Ort in der Gesellschaft sein, in der jeder und jede gemäß ihren Fähigkeiten mitmachen kann und willkommen ist, ohne dass nach Herkunft oder Auskommen gefragt wird. Die »Option für die Armen« realisiert sich praktisch in einem kirchlichen Leben mit den Armen. In unseren Kirchengemeinden muss sich praktisch zeigen, dass es um weit mehr als um materiellen Reichtum geht: Es geht um ein Leben in Fülle, an dem jeder im Glauben Anteil haben kann – unabhängig davon, ob Menschen materiell arm sind.

Schließlich: Armut, Reichtum und die Wirklichkeit Gottes

(37) Unsere Gesellschaft bleibt nur dann lebenswert, wenn sich das legitime Streben nach Reichtum und materiellem Wohlstand nicht zum alleinigen Lebensziel der Menschen entwickelt. Insofern ist es zwar richtig zu fordern, dass es in allen öffentlichen Funktionsbereichen der Gesellschaft effizient und sparsam zugehen muss – damit darf aber keine Ökonomisierung aller Lebensbereiche verbunden sein. So sehr es auch

einem christlichen Realismus im Blick auf die Situation des Menschen nach der Vertreibung aus dem Paradies entspricht, ihn in einer Umwelt mit knappen Ressourcen als eigennütziges Individuum zu betrachten – dies entspricht nach christlicher Überzeugung jedoch nicht der Bestimmung des Menschen, der nach dem Bilde Gottes erschaffen ist. Reich sind wir durch das, was die Herzen bewegt: die Orientierung an der Wirklichkeit Gottes und das Leben in seinem Kraftfeld. Demgegenüber erscheint der nur um sich selbst und seinen Reichtum drehende

Mensch als eine lächerliche Gestalt. Die Bibel hält daran fest, dass die den Menschen eigentlich prägenden und motivierenden Kräfte Glaube, Liebe und Hoffnung sind.

(38) Dort, wo der Mensch sich in Liebe auf den anderen, seinen jeweiligen Nächsten, bezieht, realisiert er seine wirkliche göttliche Bestimmung. Reichtum, der aus dieser Kraft erwächst, wird auch entsprechend für alle – und insbesondere für die Armen – genutzt werden. Ihn gilt es zu schaffen.

Liste der Mitglieder des Vorbereitungsausschusses

Göring-Eckardt, Katrin; Berlin (Vorsitzende)
Eberl, Klaus; Wassenberg
Hackenberg, Dr. Helga; Berlin
Heidel, Klaus; Heidelberg
Henke, Kerstin; Berlin
Jähnichen, Dr. Traugott; Bochum
Lindner, Gudrun; Langenweißbach
Lingner, Elisabeth, Hamburg
Vogelbusch, Dr. Friedrich; Dresden

Schlüter, Dr. Bernd; Berlin
Wagner, Dr. Gert G.; Berlin
Walter, Dr. h.c. Jürgen; Neustadt a. Rbge.
Wuttke, Dr. Jürgen; Berlin
Wegner, Dr. Gerhard; Hannover
 (Geschäftsführer)
Fauzi, Silke; Hannover
 (korrespondierendes Mitglied)



■ Evangelische Kirche: Reiche müssen mehr Verantwortung übernehmen

Berlin (epd). Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) will auf ihrer Synode Anfang November in Würzburg die Wohlhabenden in Deutschland auffordern, mehr Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Der stellvertretende Präses der Synode, Superintendent Klaus Eberl, sagte am 18. Oktober in Berlin, die Steuersenkungspolitik der vergangenen Jahre habe dazu nicht beigetragen.

Deutschland sei ein reiches Land und ein Gewinner der Globalisierung. Dies verpflichte die Gesellschaft zur Armutsbekämpfung. Parallel zu den Vermögen des oberen Zehntels steige die Armut, und dieser Trend verstärke sich gegenwärtig noch. Die evangelische Kirche erinnere demgegenüber an die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Gleichzeitig müsse der Staat handlungsfähig blei-

ben, damit er öffentliche Güter für alle bereitstellen könne, erläuterte Eberl.

Die EKD-Synode findet vom 5. bis zum 9. November in Würzburg statt und steht unter der Überschrift: »Gerechtigkeit erhöht ein Volk - Armut und Reichtum«. Die 120 Mitglieder des Kirchenparlaments wollen sich intensiv mit Gerechtigkeitsfragen beschäftigen und eine Erklärung verabschieden.

Bereits im Juli hatte der Rat der EKD eine Armuts-Denkschrift unter dem Titel »Gerechte Teilhabe - Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität« veröffentlicht. Es gebe kein Patentrezept gegen die hohe Arbeitslosigkeit, dem Hauptgrund für Armut, sagte der Forschungsdirektor am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Gert G. Wagner, der zugleich Vorsitzen-

der der EKD-Kammer für soziale Ordnung ist, welche die Denkschrift erarbeitet hat.

In ihrer Schrift gebe die EKD aber einige Empfehlungen. Sie spreche sich dafür aus, die sozialen Sicherungssysteme zu einem höheren Anteil als heute aus Steuern zu finanzieren, so Wagner. Zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit plädiere sie für einen öffentlich finanzierten dritten Arbeitsmarkt, um nicht vermittelbaren Arbeitslosen eine Chance zu geben. Im Kern aber komme die EKD-Schrift zu dem Schluss, dass die Misere von Arbeitslosigkeit und Ausschluss aus der Gesellschaft langfristig nur mit erheblichen Anstrengungen in der Bildungspolitik zu bewältigen sei, sagte Wagner.

(epd-Basisdienst, 19.10.2006)

Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik gGmbH
Verlag/Vertrieb
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main

Aus dem Jahrgang 2006

26/06 – **»Ein gerechter Friede ist möglich«**
(Studientag zu einer Argumentationshilfe der
Ev. Kirche im Rheinland) – 20 Seiten / 2,60 €

26/06 – **»Was jetzt dringlich ist«** – Zur christlichen
Weltverantwortung am Anfang des 21. Jahrhunderts
(Girock, Liedke, Gerner-Wolfhard) – 28 Seiten / 3,40 €

27-28/06 – **»Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen«**
– Zweites Wittenberger Memorandum (Tagung in der
Ev. Akademie Sachsen-Anhalt zum Beitrag der Kirchen
zur Bewahrung der Schöpfung in Vorbereitung auf die
3. Europäische ökumenische Versammlung 2007) –
84 Seiten / 6,40 €

29/06 – **Kirche der Freiheit – Perspektiven für die
evangelische Kirche im 21. Jahrhundert** (Ein Impuls-
papier des Rates der EKD) – 60 Seiten / 5,10 €

30/06 – **Gerechte Teilhabe – Befähigung zu Eigen-
verantwortung und Solidarität** (Auszüge aus der
Denkschrift des Rates der EKD zur Armut in
Deutschland) – 24 Seiten / 3,40 €

31/06 – **Selbstbestimmung und Fürsorge am
Lebensende** (Stellungnahme des Nationalen Ethikra-
tes) – 52 Seiten / 5,10 €

32/06 – **Chancen, Risiken und Perspektiven der
gemeinsamen europäischen Asylpolitik** (Evan-
gelische Akademie zu Berlin) – 40 Seiten / 4,10 €

33/06 – **Small is beautiful** – (Fundraising-Forum
Hessen und Nassau 2006) – 36 Seiten / 4,10 €

34/06 – **Der Strukturwandel unserer Kirchen als
Chance für Pfarrer und Mitarbeiterschaft –
Eine kleine Pastoraltheologie** (Diskussionsbeitrag
von Gerhard Wegner) – 20 Seiten / 2,60 €

35/06 – **Chancen und Herausforderung der Touris-
musarbeit** (EKD-Konsultation) – 36 Seiten / 4,10 €

36/06 – **Was prägt Unternehmertum? Unternehme-
rgeist aus protestantischer Freiheit** (Kock, Kösters,
Lotter, Wegner in der Evangelischen Akademie zu
Berlin) – 24 Seiten / 3,40 €

37/06 – Themen: **Im Zentrum: Menschenwürde** (Kon-
rad-Adenauer-Stiftung) – **Neue Erwägungen zum
Begriff »Rechtmäßig Krieg führen«** (Studie der GEKE)
– **Die sieben Todsünden: »Trägheit«** (NDR-Intendant
Jobst Plog) – 32 Seiten / 4,10 €

38/06 – **Theologische Perspektiven für eine Ethik
evangelischen Fundraisings** (Werkstattgespräch
Theologie und Ethik des Fundraisings) –
36 Seiten / 4,10 €

39/06 – **Zentralausschuss 2006 des Weltkirchenrates**
– 56 Seiten / 5,10 €

40/06 – **Der Umgang mit MfS-Belastungen kirchli-
cher Mitarbeiter in der Evangelisch-Lutherischen
Kirche in Thüringen** (Bericht von Oberkirchenrat
i. R. Walter Weispfennig) – 72 Seiten / 5,40 €

41/06 – **Ökumenischer Lagebericht 2006** –
16 Seiten / 2,60 €

42/06 – **Freiheit verbindet** (Vollversammlung der
Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa) –
68 Seiten / 5,40 €

43/06 – Themen: **Thesen zum Religionsunterricht**
(EKD-Rat) – **Religion ist mehr als Privatsache**
(Landesbischof July) – **Evangelikale Bewegung**
(Präsident Barth) – 28 Seiten / 3,40 €

44/06 – **Generalsynode 2006 der VELKD** –
48 Seiten / 4,60 €

45/06 – **Kirche im Radio der Zukunft** (Tagung der
Evangelischen Radiokommission) – 40 Seiten / 4,10 €

45a/06 – **Armut und Reichtum** (Vorträge in der Ev.
Akademie zu Berlin; Vorbereitungspapier zur EKD-
Synode) – 28 Seiten / 3,40 €

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation
(ISSN 1619-5809) kann im
Abonnement oder einzeln
bezogen werden.
Pro Jahr erscheinen min-
destens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an:
GEP-Vertrieb
Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt,
Tel.: (069) 58 098-191.
Fax: (069) 58 098-226.
E-Mail: vertrieb@gep.de
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monat-
lich 23,60 € inkl. Versand (mit
Zugang zum digitalen Archiv:
27,50 €). E-Mail-Bezug im PDF-
Format (Preis auf Anfrage). Die
Preise für Einzelbestellungen
sind nach Umfang der Ausgabe
und nach Anzahl der Exemplare
gestaffelt.

Die Liste oben enthält den
Preis eines Einzel-exemplars;
dazu kommt pro Auftrag eine
Versandkostenpauschale (inkl.
Porto) von 2,30 €.

epd-Dokumentation wird auf
chlorfrei gebleichtem Papier
gedruckt.